

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 6 (1977)
Heft: 5

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion: K. Fiesler (abw.), Ruedi Küng, Insetate: Mosse-Annoncen AG, Limmat-
B.D. Niebuhr, Rolf Nef, Beat Schweingruber, quai 94, 8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Abonnement: pro Jahr Fr. 16.- (Ausl. 20.-)
Tel. (01) 47 75 30 Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Finanzpaket – Kein Geschenk für die unteren Schichten	Seite 2
Die Regierung muss handeln Interview mit Nationalrat Carobbio über den Tessiner Schülerstreik	Seite 3
Meienberg/Dindo-Film verstümmelt am TV	Seite 3
Stadt kaputt Wie das Basler Arbeiterquartier St. Johann zerstört wurde	Seite 4
Organisierte Untertüchtigkeit Herrschaft im Iran des Schahs	Seite 7
Portugal hat nicht nur Bäderstrände	Seite 8
Was tun arbeitslose Akademiker	Seite 9

Die Karikatur zum Monat



Von der Gefahr unkontrollierter Genmanipulation

Wenn Genetiker Gott spielen

Mit der Technik des «genetic engineering», d. h. der Manipulation von Erbmaterial, stehen die Molekulargenetiker vor der Möglichkeit, ins Erbgut von Lebewesen einzugreifen, ja sogar neue Organismen zu erzeugen. Ein Unfall mit solchen künstlich gezeugten, pathogenen Viren und Bakterien könnte unabsehbare und irreversible Folgen für die Weltgesundheit haben. Das Manipulieren mit Genen ermöglicht, das Erbmaterial

von vielzelligen Lebewesen, so auch des Menschen, über kurz oder lang wissenschaftlich zu erschliessen. Die Genmanipulation des Menschen gehört zwar noch zu den Zukunftsvorstellungen der Genetiker. Aber werden sie einmal die perfekte Menschenrasse oder den Menschen aus der Retorte, den «Homunculus», kreieren? – Georg Hodel und Ernst Wehrli analysieren Hintergründe und Gefahren der Genforschung.

Die Ertrugenschaften der Molekulargenetik, die heute zu heftigen Auseinandersetzungen der Wissenschaftler um die Gefahren der Genmanipulation führten, gehen zurück auf die Entdeckung der Desoxyribonukleinsäure, kurz DNS genannt, als Erbräger. Heute ist es den Genetikern möglich, die verschiedensten Experimente mit solcher DNS durchzuführen. Im Jahr 1974 hat eine Gruppe von führenden Molekulargenetikern zu einem freiwilligen Verzicht auf gefährliche Experimente mit Bakterien- oder Viren-DNS aufgerufen.

neue Erkenntnisse über die Entstehung krebsartiger Zellen zu gewinnen, darüber etwa, wie Tumoren menschliche Wirtszellen befallen. Darüber hinaus möchte man über die Einpflanzung von gesunden Genen in krankhafte, durch genetische Schäden betroffene Gewebe, beim Menschen Genthherapie betreiben.

Es gibt Vorstellungen darüber, wie direkte Genvorplantungen an Spermien vorzunehmen sind, um damit den Genbestand eines ganzen Organismus von Grund auf zu manipulieren. Bakterien, denen ein bestimmtes Gen, wie zum Beispiel jenes, welches für die Synthese von Insulin zuständig ist, eingefügt wurde, könnten zur Produktion von Arzneimitteln herangezogen werden.

Die Nutzpflanzen will man über den Weg der Genmanipulation befähigen, den lebensnotwendigen Stickstoff direkt aus der Luft zu gewinnen. Damit hoffen die Wissenschaftler mit einem Schlag das Düngerverbrauchproblem und damit auch eine wichtige Ursache des Welthungers zu lösen. Nicht zuletzt kann die Technik

den Kopf stellen. E.-coli-Plasmiden enthalten oft Antibiotikaresistenzgene, welche auf krankheitsverursachende Bakterien übertragen werden können und damit schwerwiegende Probleme in der Krankheitsbekämpfung mit sich bringen könnten. Bei Ciba-Geigy wurde im übrigen schon mit solchen Bakterien gearbeitet (Anm. des Autors).

Besonders gefährlich ist auch die Manipulation des Erbgutes von Säugetierzellen, da dieses Krebsviren im Schlummerzustand enthalten kann. Die Übertragung solcher Erbgutes auf Colibakterien könnte zur Verbreitung dieser Krebsviren führen, deren Folgen sich erst nach Jahren einstellen würden.

Streit um Gesundheit und Umwelt

Selbst beim Arbeiten mit Bakterienstämmen, welche nur unter Laborbedingungen existenzfähig sind, und bei Verwendung «starker» Plasmiden können Unfälle nicht mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden. Der Molekularbiologe Robert Sinzheimer meint



In den USA sind nun in verschiedenen Bundesstaaten Gesetze in Ausarbeitung, die die Forschung im Bereich der Genmanipulation oder des «genetic engineering» reglementieren sollen. In der Schweiz jedoch sollen einstweilen keine Reglemente zum Gesetz erhoben werden. Eine Kommission unter dem Vorsitz von Prof. Arber (Biozentrum Basel) hat jetzt Richtlinien über die Arbeit auf dem Gebiet der Genmanipulation erlassen, die aber keinerlei verbindlichen Charakter haben. In dieser Kommission sind jedoch keine Vertreter der Öffentlichkeit oder Wissenschaftler von ausserhalb der Biologie oder der Medizin vertreten. Kürzlich hat deswegen der LdU-Politiker Friedrich Salzmann im Nationalrat interpelliert.

Genmanipulation

Darunter versteht man im weitesten Sinn den gezielten Eingriff in den Inhalt oder die Organisation des Genbestandes eines Organismus. So kennt man die gezielte Auswahl und Züchtung von Kulturpflanzen und Haustieren schon lange. Kreuzungen sind nur innerhalb enger Artengrenzen möglich, so dass eine beliebige Vermischung des Erbgutes verschiedener Individuen natürliche Schranken gesetzt sind.

Anders bei der In-vitro-Genmanipulation des Molekulargenetikers. Das qualitativ Neue und potentiell Gefährliche der Genmanipulation im Reagenzglas der Molekulargenetiker liegt darin, dass die natürlichen Schranken zwischen den Organismen verschiedener Herkunft übersprungen werden können. Die Vermischung von entwicklungsgeographisch so weit entfernten Erbgut wie dasjenige einer Bakterienzelle und einer menschlichen Zelle ist damit möglich geworden.

Wo wird mit Genen manipuliert?

Die Anwendung der Genmanipulation ist vor allem für die Grundlagenforschung von Bedeutung. Sie ermöglicht Einblicke in die Struktur, die Organisation und die Funktionsweise von Genen. In der Medizin hofft man vor allem,

des «genetic engineering» auch für die militärische Forschung interessant werden.

Risiken der Gentechnologie

Die Hauptgefahr der Genmanipulation liegt in der Verwendung des weitverbreiteten Bakteriums E. coli. Es ist wohl ein Bakterium, das sehr leicht zu züchten ist, und gilt gleichzeitig als das bestuntersuchte Haustier der Molekulargenetiker, kann aber als Darmbewohner dem Menschen gefährlich werden. Einmal aus dem Labor eines Genetikers entwichen, kann ein Colibakterium mit einem unerwünschten oder gar gefährlichen Fremdgut schwer eliminiert und an seiner Verbreitung behindert werden.

Die Verbreitung eines krankheitsverursachenden Bakteriums, dessen Wirkung auf den menschlichen Organismus sogar noch unbekannt ist, müsste man sich ähnlich vorstellen wie die Verbreitung des Myxomatose-Virus, welches zur Bekämpfung der Kaninchensubpopulation in Australien eingesetzt wurde und beinahe den gesamten Kaninchenbestand der Welt ausgerottet hat.

hierzu: Das Atomzeitalter begann mit Hiroshima. Nach diesem Ereignis musste niemand mehr von der Problematik dieses Zeitalters überzeugt werden. Wir treten jetzt in das Zeitalter der Genetik; ich hoffe, wir brauchen nicht noch einmal ein solches Experiment.»

Die Abschätzung der potentiellen Gefahren, die mit dem Hantieren mit isolierten Genpartikeln verbunden ist, scheidet die Geister der sonst auseinanderstreuenden Naturwissenschaftler. Selbst in den Rängen der Nobelpreisträger schreckt man nicht vor diffamierenden Äußerungen zurück. So beschimpft James Watson, der zusammen mit Francis Crick die Doppelhelix-Struktur der DNS aufklärte, die Gruppe um seinen Nobelpreiskollegen, George Wald mit «Halbschlaue», «Scheisser» und «Ignoranten», weil diese Bestrebungen unterstützten, die ein Verbot des Laborierens mit gefährlichen Gen-trägern an den beiden bekanntesten US-Hochschulen Harvard und M.I.T. für die Durchführung des Tabakrauchens aufzustellen. Es geht hier um die Frage des Expertenwesens, um die Frage der Kompetenz, wie wir es schon zur Genüge aus der Atomkraftwerkdébatte kennen. Die Kompetenz von solchen Experten sollte man grundsätzlich in Frage stellen – denn es geht in so weitreichenden Fragen wie die der Atomkraftwerke oder der genetischen Manipulation, die zukünftigen Generationen und unser ganzes Ökosystem betreffen, nicht mehr nur um rein empirische Fragen, die mit den Methoden der Wissenschaft lösbar wären. Es geht hier um normative Fragen, die moralische, ethische und im weitesten Sinn politische Wertvorstellungen enthalten. Es geht nicht mehr nur um quantitative Veränderung, wie zum Beispiel um etwas mehr oder weniger Energie oder um langsamere oder rascheren Fortschritt in der Erforschung der Krebskrankheit, sondern es geht in den beiden Pro-

Kann man den Genetikern trauen?

Praktisch in allen Ländern des Westens wird um Reglementierung der Genmanipulation gestritten. Auffallend dabei ist die Zusammensetzung der jeweiligen gesetzgebenden Kommissionen.

Fortssetzung auf Seite 6

Auf Forscher wenig Verlass

Die Technik des «genetic engineering» ist heute so weit entwickelt, dass durchaus Nichtgenetiker, zum Beispiel Biochemiker und Mediziner, damit arbeiten können, d. h. in absehbarer Zeit werden zahlreiche Labors diese neue Technik übernehmen. In Anbetracht der raschen Verbreitung des Wissens ist es leicht einzusehen, dass die Gefahr, mit der wachsenden Wahrscheinlichkeit eines grossen Unfalls, der die Umwelt verseucht, tendenziell zunimmt.

blemkreisen um qualitative neue Dimensionen, die die Menschheit als Ganzes in Frage stellen. Der Wissenschaftler muss einsehen, dass er hier seine alleinige Kompetenz überschreitet.

Die physikalischen und neuerdings die molekularbiologischen Erkenntnisse entziehen sich zusehends der Kontrolle der Wissenschaftler selbst. Dies drückt sich in einer «Hilflosigkeit» der Wissenschaftler aus, mit diesen Fragen adäquat umzugehen, aber auch in einer Überempfindlichkeit der Bevölkerung gegenüber den Resultaten der Wissenschaft. Wissenschaftsfeindlichkeit ist eine gefährliche Tendenz, da sie dem Subjektivismus und damit auch der Autoritätsgläubigkeit Tür und Tore öffnet. Wissenschaftsfeindlichkeit ist nicht zuletzt auch Ausdruck einer Wissenschaftsgläubigkeit, gegen die man sich damit auflehnt.

Ofi genügen kleine Fehler, die in der Addition zu einer Katastrophe führen, wie das beim Contergan-Debakel der Fall war. Erstaunlich oft stellt sich heraus, dass Umweltkatastrophen von der Grossenordnung von Seveso oder der neuerlichen Asbestvergiftungen in Italien durchaus vermeidbar gewesen wären.

Bei vielen Forschern ist das «Sicherheitsdenken» unterentwickelt; dies aus dem einfachen Grund, weil ihnen meist die Voraussetzungen fehlen, Entwicklungen abzuschätzen, die sich ausserhalb ihres begrenzten Forschungsbereiches abspielen. Das Abschätzen eines «vernünftigen» Risiko/Nutzen-Verhältnisses, worauf die Forscher letztlich ihre Verantwortung abzuleiten versuchen, ist oft nicht möglich, besonders dann, wenn wie bei der Genmanipulation die Folgen eines Eingriffs gar nicht bekannt sind.

In der Schweiz sind nun Richtlinien empfohlen worden, die den amerikanischen NIH-Guidelines folgen. Diese vom National Institute of Health in den USA herausgegebenen Richtlinien sind entgegen der elementarsten juristischen Regeln entstanden, wonach niemand in eigener Sache Richter sein kann. Die Richtlinien wurden von Wissenschaftlern aufgestellt, die zum Teil selbst massgeblich an der Genforschung beteiligt sind. Gegen die Art und Weise, in der diese Richtlinien erlassen wurden, ist in der Schweiz eine Kommission für Energiefragen des Bundes wählt, oder es wäre das gleiche, wie wenn man, wie ein namhafter Wissenschaftler in einer Kontroverse in der Zeitschrift «Science» erwähnte, die Tabakindustrie beauftragen würde, Richtlinien über die Einwirkung des Tabakrauchens aufzustellen. Es geht hier um die Frage des Expertenwesens, um die Frage der Kompetenz, wie wir es schon zur Genüge aus der Atomkraftwerkdébatte kennen. Die Kompetenz von solchen Experten sollte man grundsätzlich in Frage stellen – denn es geht in so weitreichenden Fragen wie die der Atomkraftwerke oder der genetischen Manipulation, die zukünftigen Generationen und unser ganzes Ökosystem betreffen, nicht mehr nur um rein empirische Fragen, die mit den Methoden der Wissenschaft lösbar wären. Es geht hier um normative Fragen, die moralische, ethische und im weitesten Sinn politische Wertvorstellungen enthalten. Es geht nicht mehr nur um quantitative Veränderung, wie zum Beispiel um etwas mehr oder weniger Energie oder um langsamere oder rascheren Fortschritt in der Erforschung der Krebskrankheit, sondern es geht in den beiden Pro-

Die Verantwortung des Wissenschaftlers gegenüber der Gesellschaft besteht gerade darin, diese Wissenschaftsfeindlichkeit bzw. Wissenschaftsgläubigkeit durch ein Abtreten seiner Macht des Wissens an die Öffentlichkeit abzubauen. Dies erfordert einerseits, dass der Wissenschaftler selbst sich das Wissen, wie man mit diesem Wissen umgehen kann, aneignet, andererseits muss er, wie der Zukunftsforscher Robert Jungk am Davoser Kongress über Genmanipulation forderte, eine «öffentliche wissenschaftliche» Sprache finden, die unter minimalem Informationsverlust optimal Wissen vermittelt. Damit wird erst ein Dialog zwischen Wissenschaftlern und der Bevölkerung möglich. Damit wird auch die Verantwortung für die Resultate der Forschung nicht allein beim Wissenschaftler liegen, sondern in der Gesellschaft als Ganzes.

Es ist eine glatte Überforderung – das zeigt die Problematik der Genmanipulation deutlich – wenn man vom Forscher verlangt, die Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen. Die Vergangenheit zeigt, dass diese Verantwortung auch immer missbraucht wurde. Es ist zu erwarten, dass sie auch weiterhin missbraucht wird, solange diese Verantwortung nicht «kollektiv» getragen und kontrolliert wird. Es ist an der Zeit, die Wissenschaft zu «demokratisieren».

Georg Hodel, Ernst Wehrli

das konzept

bringt
Dietrich Kitzner
mit seiner

EINMANNPOLITIKABARETT-SCHAU
«Der rote Feuerwehmann»
(Eine Erich-Weinert-Revue)

am
Donnerstag, den 26. Mai
der
Unteren Mensa (Nu)
20.30 Uhr

Eintritt 5 Fr.

Am 12. Juni wird über ein wichtiges «Päckli» abgestimmt

Finanzpaket: Zurück an den Absender?

Auf den 12. Juni bekommt das Schweizer Volk gute Post aus Bern: Das Finanzpaket harrt der Wähler Gunst. Das Multipack – zusammengesetzt aus der Mehrwertsteuer und der direkten Bundessteuer – soll dem Bund ab 1978 Mehreinnahmen von 3 Mrd. Fran-

ken pro Jahr bringen. In diesem Artikel schnüren wir das Paket auf. Schliesslich soll man die Katze nicht im Sack kaufen! Die Meinungen sind geteilt, auf der Linken wie auf der Rechten. Der Entscheid am 12. Juni dürfte den wenigsten leichtfallen.

Die Mehrwertsteuer (MWS) ist eine Verbraucher- oder Konsumsteuer. Die Steuer wird auf jeder Produktions- und Handelsstufe erhoben. Besteuert werden die produzierten Güter oder Dienstleistungen, wobei der Steuerpflichtige die bereits auf früherer Stufe (z. B. Halbfabrikate) bezahlten Steuern abziehen kann.

Ganze Last für den Konsumenten

Diese Steuer kann von jeder Stufe auf die nächstfolgende Handels- oder Produktionsstufe überwälzt werden. Der Konsument trägt als Endverbraucher die gesamte Steuerbelastung, was bei der bisherigen Warenumsatzsteuer (Wust) nicht immer der Fall ist. Dies ist auf die «Taxe occulte» zurückzuführen.

Taxe occulte
Unsichtbare Steuerbelastung auf allen Konsumgütern. Sie entsteht, indem Vorleistungen zur Produktion von Gütern teilweise der Wust unterworfen sind. Beispiel: Ein Kühlschrank wird gekauft. Der Händler bringt den Kühlschrank zum Käufer. Dabei zahlt der Käufer für seinen Lastwagen Warenumsatzsteuer, die er auf den Käufer des Kühlschranks überwälzt. Diese Mehrbelastung wird als «Taxe occulte» bezeichnet. Eine Ware, die mit relativ grossem Maschineneinsatz und wenig Handarbeit hergestellt wird, ist höher belastet als die «gleiche» Ware, die mit relativ viel Handarbeit und wenig Maschinen produziert wird.

Der Steuersatz soll von heute 5,6% (Wust) auf 10% erhöht werden. Die Güter der heutigen Freiliste werden nun besteuert, wobei für Nahrungsmittel, Medikamente, Zeitungen und Bücher sowie für landwirtschaftliche Hilfsmittel ein reduzierter Satz von 3% zur Anwendung gelangt. Das Gastgewerbe kommt für eine Übergangszeit in den Genuss eines geringeren Tarifs von 6%.

Vorteile für die Exportwirtschaft

Besteuert werden alle Güter und gewisse Dienstleistungen im Inland sowie auch ihr Import. Der Export von Gütern und Dienstleistungen soll nun steuerfrei werden. Dies erhöht die Wettbewerbschancen der Exportwirtschaft.

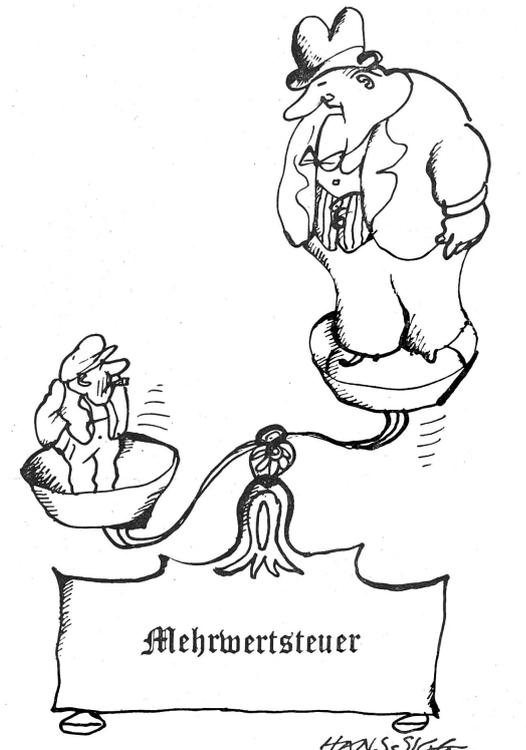
Folgende Dienstleistungen sind von der Mehrwertsteuer befreit: Personentransporte, Versicherungen und gewisse Bankleistungen, Gesundheitspflege, Erziehung und Unterricht, Immobilienumsätze und -vermietung sowie die Unterhaltung.

Ein fades Zuckerchen

Als Kompensation für die erhöhte Konsumentsteuer soll eine Entlastung für untere und «mittlere» Einkommen (bis 50 000 Fr. jährlich) durch die anstelle der Wehrsteuer neu einzuführende Bundessteuer gewährt werden. Die Entlastung ist aber massgebend für die unteren Einkommen ungenügend. Sie werden durch das Finanzpaket stärker belastet als die hohen Einkommensempfänger. Dies ist auf die dominierende Rolle der MWS im ganzen Finanzpaket zurückzuführen. Denn besteuert werden durch die MWS ja nicht die Einkommen, sondern die Ausgaben.

Dies hat zur Folge, dass die unteren Einkommensklassen verhältnismässig stärker belastet werden als die oberen. Diese wenden den grössten Teil ihres Einkommens zur Deckung des Grundbedarfes auf.

Anders bei höheren Einkommen: Hier bleibt mehr Spielraum für Luxuskonsum und vor allem fürs Sparen. Diese Ersparnisse können bei hohen



«Jetzt müsst ihr Werktätigen nur noch behaupten, ihr hättet in unserer kapitalistischen Demokratie keine gewichtige Rolle inne.»

Einkommen (80 000 Fr. jährlich und mehr) bis zu durchschnittlich 20% und mehr betragen. Da ein kleinerer Teil des Einkommens abgeführt, Prozentual etwa gleich stark werden auch die höheren Einkommen belastet.

Bei der jetzt noch gültigen Warenumsatzsteuer werden von einem Einkommen von 30 000 Fr. bloss etwa 2,8% des Einkommens abgeführt. Prozentual etwa gleich stark werden auch die höheren Einkommen belastet.

Bürde für die Kleinen

Mit der neuen MWS würde die Belastung der unteren Einkommen vergleichsweise höher. Einkommensbezieher mit 30 000 Fr. jährlich würden einen Anteil von 5,3% zahlen. Bei einem Einkommen von 78 000 Fr. sinkt dieser Anteil auf 4,8%. Dies ist – wie oben erläutert – auf die verschiedenen Spar- und Konsumgewohnheiten der einzelnen Einkommensklassen zurückzuführen.

Die Benachteiligung der unteren Einkommensklassen hätte mit Hilfe einer Entlastung durch die neue direkte Bundessteuer – früher Wehrsteuer – aufgefangen werden sollen. Die stärkste Entlastung durch die neuen Steuersätze liegt jedoch bei einem Einkommen von

50 000 Fr. Die unteren Einkommen unter 30 000 Fr. werden hingegen sehr schwach bis gar nicht entlastet, obwohl diesen Einkommensklassen rund 80% der Steuerzahlenden angehören.

Ein Arbeiter, verheiratet, zwei Kinder, dessen Frau nicht arbeitet und der einen Bruttolohn von etwa 36 000 Fr. verdient, wird bloss um 160 Fr. entlastet. Mit dem Wegfall der Wehrsteuer, die nie sehr hoch war, ist für diese Gruppe nicht viel gewonnen. Die unteren Einkommen mit einem Bruttoeinkommen bis etwa 35 000 Fr. jährlich werden durch das Finanzpaket vergleichsweise viel stärker belastet als die Einkommen von 50 000 Fr. an aufwärts.

Am falschen Ort gespart!

Nebst Steuererhöhungen wollen der Bundesrat und das Parlament noch zusätzlich durch harte Sparmassnahmen bis 1979 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt erreichen. Der neue Finanzplan bringt dabei gegenüber dem Finanzplan von 28. Jan. 1976 Einsparungen von 1,2 Mrd. Fr. für 1978 und 1,9 Mrd. Fr. für 1979. Es handelt sich vor allem um Subventionskürzungen, die zum Teil bereits zu Beginn 1975 und dann im Dezember vergangenen Jahres im Rahmen des Budgets 1977 vorgenommen wurden und nun ins ordentliche Recht übergeführt werden sollen.

Bereits 1975 wurde eine lineare Senkung der Krankenkassenbeiträge um 10% und eine vermehrte Finanzierung über höhere Prämien durch Dringlichkeitsrecht eingeführt. Diese Massnahme soll nun ins ordentliche Recht übergeführt werden. In einer zweiten Phase sollen durch die in Vorbereitung begriffene Revision des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes ab 1980 weitere 400 Mio. Fr. Subventionen an die Krankenkassen abgebaut und durch die Finanzierung mit Hilfe von Lohnprozenten ersetzt werden.

Im Gesundheitswesen werden die Ausgaben auf den projektierten Kosten von 1977 (870–880 Mio. Fr.) eingefroren und ab 1980 um 440 Mio. Fr. gekürzt.

Im öffentlichen Verkehr ist eine Erhöhung der Pendlerabonnemente vorgesehen, während gleichzeitig die Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Eisenbahnen reduziert wird.

Hingegen wird das Militär geschnitten. Kürzungen werden nur im Bereich des Zivilschutzes vorgenommen. Auch die Subventionen an die Landwirtschaft werden weiter unverdrossen nach dem



Die neuen Banknoten... inklusive Mehrwertsteuer.

Giesskannenprinzip ausgeschüttet. Die Tendenz der Sparmassnahmen lässt bezweifeln, dass die durch die Mehrwertsteuer eingebrachten Mittel auch wirklich für soziale Zwecke eingesetzt werden. Sparen wird man wohl auch in Zukunft vor allem bei den Sozialausgaben.

Finanzpaket bringt keine Arbeitsplätze

Die Steuererhöhungen, die einen jährlichen Mehrertrag von 3 Mrd. Fr. einbringen, bedeuten für die bestehende Wirtschaft einen Mittelentzug in der entsprechenden Höhe. Sie bedeuten dies insofern, als diese Gelder gewissermassen stillgelegt werden, also nicht anderweitig, in diesem Fall durch den Staat, zu zusätzlicher Güternachfrage führen. Der Bund nimmt zwar nach der Steuererhöhung mehr ein, die Ausgaben werden indessen nicht in gleichem Mass erhöht.

Man wird nun einwenden, dass der Staat dieses Geld wieder ausgibt, um seine Aufgaben zu finanzieren und um die Verschuldung nicht stärker anwachsen zu lassen. Man übersieht dabei geflissentlich, dass es sich lediglich um die Finanzierung von Ausgaben im bisherigen Umfang handelt. Es werden mit diesen Mehreinnahmen keine zusätzlichen Staatsaufgaben finanziert, die auch zusätzliche Arbeitsplätze schaffen würden.

Das heisst aber im Klartext, dass ein Budgetdefizit beim Bund in Rezessionszeiten nicht schädlich ist, ja konjunkturell geradezu erwünscht sein kann (sog. antzyklische Politik)! Das Argument, wenn die privaten Unternehmungen in der Rezession den Gürtel enger schnallen müssen, so soll dies auch der Staat tun, trifft nun gerade auf den Staat nicht zu. Selbst innerhalb der Logik der bürgerlichen Ökonomie ist das Finanzpaket also ein Unsinn, wie auch die Stellungnahmen bürgerlicher Ökonomen und die Vorstellungen der OECD über eine optimale Wirtschaftspolitik der Schweiz zeigen.

Ein Stück Pflasterlipolitik

Das Finanzpaket ist nicht nur sozial und konjunkturell falsch geschnürt – bedenklicher ist, dass es als Einzelmassnahme eingeführt werden soll, ein Stück helvetischer Pflasterlipolitik.

Dabei heissen all jene Postulate unberücksichtigt, die zu einer wirksamen und gerechten Reform unseres Steuerwesens führen könnten:

- Verpflichtung aller Kantone, eine Erbschafts-, Schenkungs- und Grundstückgewinnsteuer einzuführen.
- Erlass von Bundesvorschriften über die zulässige minimale Steuerbelastung von Einkommen und Vermögen anlicher Personen in den Kantonen (Steuerharmonisierung).
- Besteuerung von Einkommen über 100 000 Fr. durch eine schärfere Progression bis zu einem Höchstzins von 14% durch den Bund (Reichtumssteuer).
- Vereinheitlichung für juristische Personen.
- Verschärfung der Steuerkontrolle.
- Massnahmen gegen die Steuerhinterziehung sowie gegen die Steuerflucht.

Steuerhinterziehung

Rund 40 Mrd. Franken Vermögen werden in der Schweiz nicht versteuert. Dieser geschätzte Betrag ergibt sich aus den nicht rückgeforderten Verrechnungssteuern 1972. Das derart geschätzte Vermögen umfasst nur die inländischen Vermögenswerte, nicht aber das Schweizervermögen und die im Ausland angelegten Beträge. Allein bei der allgemeinen Steueramnestie kamen 11,5 Mrd. Franken Vermögen zum Vorschein. 1962 hatte der Bundesrat eine ganze Reihe von Massnahmen gegen die Steuerhinterziehung erwählt, u. a. auch «Ohne Zweifel wird die Steuerdefraudation durch das Bankgeheimnis wesentlich begünstigt, und die Aufhebung dieses Geheimnisses könnte an sich eines der Mittel darstellen, um das Übel an seiner Wurzel zu fassen.» Nur ist leider seither nichts geschehen.

Falls es am 12. Juni zu einem Nein zu den staatlichen Mehreinnahmen käme, wären die Herren und Damen im Budget beraten, sich sofort an die Ausarbeitung einer weniger halbtägigen Lösung zu machen. M. Ehrwert

Es gibt noch unzählige weitere Argumente für oder gegen das Finanzpaket. Sowie die bürgerlichen wie auch die linken Parteien sind z. T. gespalten. Wir verweisen auf die Tagespresse, da wir verständlicherweise hier keinen vollständigen Argumentenkatalog voröffentlichen können. Einige Parolen: CVP: ja; FDP: ja (Gewerbe); daegen; LDU: nein; SP: ja; RML: nein; SP: ja (linker Flügel); daegen; SVR: ja.

das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Solidarität

Die Mai-Nummer der Zeitschrift «Solidarität», welche vom Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (SKAAL) herausgegeben wird, bringt unter anderem einen Artikel über Saudi-Arabien, ein Interview mit einem Vertreter der PLFO (Volksbefreiungsfront von Oman) und einen kurzen Überblick über die jüngere Geschichte Irans. 2.50 Fr. SKAAL, Postfach 1555, 4001 Basel.

DM-Prozess

Das Demokratische Manifest gibt ein Dossier zum Prozess, der ihren Mitgliedern Frischknecht, Streiff und Grünfelder gemacht wird, heraus. Darin wird deutlich das einseitige Verhalten der Staatsanwälte Nüssli und Koefler dargelegt, welche sich wenig und schlampig um Cinceros Machenschaften, jedoch um Akribie und Eifer um die DM-Mitglieder kümmerten. Neben einer reichen Pressedokumentation sind auch sämtliche Kontaktadressen des DM abgedruckt. 3 Fr. auf PC 80-48476 einzahlen mit Vermerk: Prozessbroschüre. Ebenso kann für 7 Fr. noch immer das Cincero-Dossier bestellt werden.

Homo-Magazin «hey» jetzt am Kiosk

Das Homophilen-Informations-Magazin «hey» ist nun erstmals auch am Kiosk erhältlich. Es erscheint monatlich und wird von der Schweizerischen Organisation der Homophilen (SOH) herausgegeben. Die SOH-Redaktionsgruppe bringt in «hey», das bisher für die SOH-Mitglieder gedacht war, jetzt Informationen und Unterhaltungsbeiträge für die ganze homophile Bevölkerung unseres Landes. «hey» ist kein kommerzielles Blatt, die Mitarbeiter ist ehrenamtlich, Freiwillige Mitarbeiter werden gesucht.

Tour de Suisse für die Militärdienstverweigerung

Die «Schweizerische Dienstverweigerungskoordination» organisiert in diesem Sommer vom 31. Juli bis zum 14. August eine «Tour de Suisse für die Militärdienstverweigerung» in der französischen und deutschen Schweiz. Das Ziel der Aktion: Dienstverweigerer, Pazifisten und andere, die die Armee radikal ablehnen, sollen gemeinsam «Alternativen zur zunehmenden Militarisierung unserer Gesellschaft» aufzeigen und über die Situation der Dienstverweigerer in der Schweiz aufklären. Die Tour läuft per Velo, in Fussmärschen, mit Bus und Eisenbahn. An den etwa 10 Etappen sollen es Vorträge, Filme, Musik, Theater und Informationsstände geben. Zwei grosse Feste sind im Jura und in Zürich geplant.

Für weitere Informationen, Teilnahmebestätigung, Teilnahme an Vorbereitungsarbeiten: Internationale Kriegsdienstgegner, Postfach 2721, 8023 Zürich.

das Konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 0 (01) 47 75 30, Postcheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Konrad Fiesler (abw.), Ruedi Küng, Rolf Nel, Bernd Dieter Niebuhr, Bert Schweingruber. Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

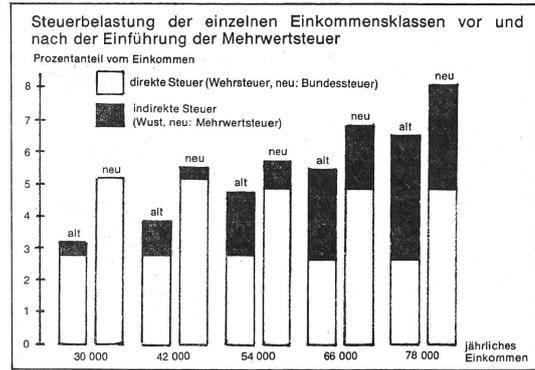
Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandene Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Grafische Gestaltung: Arthur Doppmann
Herausgeber: Verein «das Konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmattal 94, CH-8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00, Telex 52 23 5
1-sp-mm-Zeile – 62 Fr. (übliche Rabatte)
Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionschluss Nr. 6: 27. 5. 77
Insenschluss Nr. 6: 3. 6. 77



Nationalrat Carobbio* über die Hintergründe eines Schulkonflikts im Tessin

Die Regierung zum Handeln bringen

Ende April haben die Schüler der Tessiner Lehrseminarier 10 Tage lang gestreikt. Vordergründiger Anlass dazu war die Arbeitslosigkeit, welche einen Grossteil der angehenden Lehrerinnen und Lehrer nach der Ausbildung erwartet. Damit ist aber dieser Konflikt, der auf zahlreiche andere Schulen im Tessin übergreift, noch lange nicht erklärt. Die Deutschschweizer Presse-

hat dazu nur wenig berichtet. «das konzept» hat sich deshalb ausführlich mit Werner Carobbio über die Hintergründe und Auswirkungen des Schulstreiks unterhalten. Carobbio ist Berufsschullehrer in Bellinzona, Präsident der Lehrgewerkschaft und ist 1975 als Vertreter des «Partito Socialista Autonomo» (PSA) in den Nationalrat gewählt worden.

«das konzept»: Aus welchen Gründen haben die Tessiner Lehrseminarierinnen und -seminaristen zum Mittel des Streiks gegriffen? War es nur die Arbeitslosigkeit unter den Tessiner Volksschullehrern, oder haben auch Probleme an den Schulen selbst, Lehrinhalte etwa, dazu geführt?

Werner Carobbio: Die Frage der fehlenden Arbeitsplätze war ganz eindeutig das dominierende Element in diesem Konflikt, auch beim Entschluss der Seminaristen, in den Streik zu treten. Man muss aber auch wissen, dass es an den Tessiner Schulen schon in den vergangenen Jahren Unruhen gegeben hat. 1972 haben beispielsweise die Lehrer an den Volksschulen und Berufsschulen einen einständigen Kurzstreik durchgeführt: Grund dafür war die Frage eines Reglements zur Stellung der Lehrer in den Schulen. Nebenbei vermerkt: Dieses Reglement steht heute noch aus.

Im weiteren ist die Verbesserung der Verhältnisse an den Schulen stark im Verzug. So gibt es viele Tessiner Lehrer,

nur sechs, sieben oder acht Schüler sind. Aber in den Städten und Vororten gibt es die Klassen mit 32 bis 35 Schülern, wir haben diese Zahlen publiziert. Wenn man dann den statistischen Mittelwert errechnet, kommt man schon auf 20 Komma irgend etwas. Etwas anderes ist es nun, ein Maximum von 20 Schülern pro Klasse festzusetzen. Wir haben errechnet, dass damit mindestens 50 neue Arbeitsplätze geschaffen würden.

... und zusätzliche Betreuung der Schüler

Die zweite Forderung verlangt die Schaffung von Nachhilfkursen für



Schüler, welche Schwierigkeiten haben. Mit solchen Kursen könnten nicht nur etwa 100 Arbeitsplätze für Lehrer geschaffen werden, wir schlagen eine Stelle auf drei Klassen vor, sondern gleichzeitig die Benachteiligung der Schüler aus den unteren Schichten etwas ausgleichen werden.

Dazu haben wir mit einem ausführlichen Programm die Einführung der Schülerbetreuung nach dem eigentlichen Unterricht verlangt, der sogenannten «dopo scuola».

Die dritte Forderung sieht die Schaffung von Arbeitsstellen für Lehrer in Institutionen, welche eng mit der Schule verbunden sind, wie Bibliotheken, didaktische Zentren, Museen usw. vor.

Die letzte Forderung schliesslich verlangt die Herabsetzung des Pensionierungsalters auf 60.

Regierungsschubladen sind gross

Diese konkreten Forderungen bestehen also seit Mai 1975. Aber die Erziehungsdirektion hat darauf nicht einmal geantwortet. Im September 1975 haben wir mit einer Petition nachgedoppelt; 1000 Lehrer (von 2500) und etwa 500 Schüler haben sie unterzeichnet. In einem offenen Brief haben wir im Oktober die Regierung an ihren Rückstand erinnert. Erst im Januar 1976 hat der Tessiner Staatsrat geantwortet, dass die Situation schwierig zu untersuchen sei und dass man etwas zu tun gedanke. Praktisch war das natürlich eine Antwort, die keine ist, ein Alibi. In den Monaten April und Mai wurden die Verhältnisse in Versammlungen in den Schulen weiterdiskutiert. Schliesslich stellte man die Forderung auf, es sei eine Beratungskommission zur Behandlung der Lehrerbearbeitungslosigkeit zu bilden, welche sich paritätisch aus Lehrern und Regierungsvertretern zusammenset-

zen soll. Im September 1976 erklärte sich die Regierung damit einverstanden, aber diese Kommission hat erst im April 1977 zu arbeiten begonnen, das heisst erst nach Beginn der Unruhen in den Schulen. Man kann somit sagen, dass der Streik die Arbeit überhaupt erst in Gang gebracht hat; jetzt endlich werden die Vorschläge der Gewerkschaft diskutiert.

Werden auch Forderungen nach Weiterbildungskursen für bereits praktizierende Lehrer erhoben?

Unter den Forderungen des VPOD figuriert diese Forderung nicht, jedoch im Vorschlag für das erwähnte Regle-

ment (1972) war sie enthalten. Danach sollte ein Lehrer alle sieben Jahre einen Kurs absolvieren.

Andere Schulen gehen mit

Wie erklären Sie sich den Umstand, dass andere Schulen wie das Wirtschaftsgymnasium, die Handelsschule, das Lyzeum usw. sich mit den Lehrseminaristen solidarisch zeigten und ihrerseits streikten? Es war doch hauptsächlich die Frage der Arbeitslosigkeit für Lehrer im Vordergrund.

Diese Streiks begannen als Solidaritätskundgebungen, danach aber versuchte man da, andere Themen einzubringen, vor allem Themen, welche die eigene Schule betreffen. Und das war praktisch der Grund, der diese Solidaritätsaktionen zum Scheitern brachte. Man hätte in den anderen Schulen nur einen kurzen Solidaritätsstreik organisieren sollen. Für einen Streik, der darüber hinaus ihre eigenen Probleme aufgreifen sollte, war dort niemand vorbereitet. Es gab eine weitere Schule, deren Schüler während 4 Tagen geschlossen streikten, die aber ihr eigenes Arbeitslosigkeitsproblem hat: das Technikum.

haben demnach die anderen Schulen mit ihren spontanen Streiks den Streik der Lehrseminaristen zum Scheitern gebracht?

Nein. Aber die Schüler des Seminars waren sehr klug, ihren Streik abzubrechen im Moment, da die anderen Streiks nicht gut funktionierten. Der Streik der Seminaristen ist nicht gescheitert, vielmehr diejenigen der anderen Schüler, vorab am Lyzeum.

Früchte des Streiks

Warum brachen die Seminaristen den Streik ab?

Aus drei Gründen: Der Streik hatte bereits zehn Tage gedauert. Das ist

recht lang. Er hatte zwar Unterstützung in der Öffentlichkeit, aber das Verständnis der Bevölkerung wäre für weitere Zeit nicht mehr sicher gewesen. Ein zweiter Grund war auch die Schwierigkeit, die Einheit aufrechtzuerhalten. Auf die Einheit im Streik wurde grosses Gewicht gelegt. Der dritte und wichtigste Grund liegt darin, dass nun die paritätische Beratungskommission endlich ihre Arbeit aufgenommen hat, dass also die inhaltlichen Forderungen zur Sprache kommen. Auf Mitte Mai ist eine Antwort der Regierung versprochen.

Ist das der einzige Erfolg, dass die Kommission nun arbeitet?

Nein. Ein grosser Erfolg ist auch die Sensibilisierung der Bevölkerung. Die Studenten haben während des Streiks in ganzen Kanton öffentliche Abende veranstaltet, welche sehr gut besucht wurden, zum Beispiel in Lugano, Locarno, Bellinzona, Biasca, Mendrisio. Das dürfte auch der Grund dafür gewesen sein, dass die Regierung ausnahmsweise keine harten Massnahmen gegen die Streikenden ergriffen hat. Die Streikenden hatten viel Sympathie in der Bevölkerung. Das Problem wird jetzt auch in den Parteien offiziell diskutiert, das ist auch ein Erfolg.

Werden die Schüler erneut streiken, falls die Antwort der Regierung nicht befriedigend ausfällt?

Es gibt Studenten, welche dies vorschlagen. Aber ich glaube, dass es nicht sehr leicht sein würde, im Mai einen Streik durchzuführen, weil dann schon die Prüfungen beginnen. Vor allem die älteren Schüler haben natürlich das Interesse, ihre Prüfungen zu machen.

Sie werden also eine gewisse Angst vor Repressionen haben.

Ja.

Verständnis in der Bevölkerung

Sie haben gesagt, dass die Reaktion der Regierung nicht sehr scharf war ...

... verglichen mit dem Streik am Lyzeum vor drei Jahren, ja, damals schickten sie die Polizei.

Der Grund für die mildere Haltung liegt also vor allem in der verständnisvollen Haltung der Bevölkerung?

Ja. Denn das Problem ist sehr klar, und die Forderungen liegen nicht in der Stratosphäre, sondern sind sehr konkret und verständlich. Immerhin wurde einmal am 2. April von den Schülern organi-

Zum Partito Socialista Autonomo (PSA)

Der PSA ist 1969 aus dem Parteiauschluss des linken SP-Flügels entstanden und versteht sich als Alternative zu den traditionellen Linksparteien SP und PdA. Der PSA arbeitet in Sachfragen von Fall zu Fall mit der PdA oder mit den POCH (auf Schweizer Ebene) zusammen, grenzt sich aber in Programmfragen zum Teil deutlich von beiden ab.

Der PSA erreichte mit einem kantonalen Wähleranteil von 7,2% auf Anhieb eine respektable Position innerhalb des linken Spektrums (PdA 3%, SP 12%). Interessant ist dabei, dass es sich um eine Partei einer dritten Partei die Wähleranteile von SP und PdA praktisch stabil geblieben sind.

Wir werden in einer späteren «konzept»-Nummer ein ausführlicheres Porträt des PSA folgen lassen.

sierter Veranstaltung von über tausend Personen besucht, darunter sehr vielen Eltern von Schülern.

Der Streik wurde also nicht unter dem Druck der Regierung beendet?

Nein.

Wurden während des Streiks andere Aktivitäten organisiert? Wer hat überhaupt organisiert?

Das waren die Schüler selbst. Natürlich hat sie die Gewerkschaft von aussen unterstützt. Die Schüler haben Arbeitsgruppen gebildet, in denen einerseits die Forderungen der Gewerkschaft diskutiert wurden, andererseits aber auch schulinterne Probleme wie etwa das Lehrprogramm. Sie haben immer gearbeitet und damit gezeigt, dass es ihnen nicht darum geht, Ferien zu machen. In Locarno haben sie sogar Kurse organisiert für Seminaristen, welche Schwierigkeiten haben. Dies hat ihnen gross Sympathie aus der Bevölkerung eingetragen.

«Ernst S.»-Film am TV fast abgeschossen!

Der Film «Die Erschliessung des Landesverträgers Ernst S.» von «konzept»-Mitarbeiter Niklaus Meienberg und Richard Dindo darf am 3. Juni am Schweizer TV nur verstimmt gezeigt werden. Die Angehörigen von drei im Film als unbestrafte Landesverträger bezeichneten einflussreichen Persönlichkeiten haben gedroht, die Ausstrahlung des Films mit superprovisorischen Verfügungen zu verhindern, wenn die für ihre Familie unvorteilhaften Passagen nicht herauszensuriert würden.

Die Filmautoren vertreten in ihrem Streifen die These, nur kleine Fische seien während des Krieges mit dem Tod bestraft worden. Ernst S. war einer von denen.

Auch Richard Dindo haben insbesondere die Nachkommen des deutschfreundlichen Oberstkorpskommandanten Ulrich Wille und des St.-Galler Textilindustriellen Mettler ihre Anwälte mobilisiert. Von letzterem heisst es im Film, er habe eine nazifreudliche Zeitung unterstützt und Kautonen für Verurteilterdächtige gestellt. Damit der Film am 3. Juni endlich am Fernsehen gezeigt werden kann, mussten die Autoren «die ganze Passage mit den Hinweisen auf Wille, Mettler, Bührle etc. wegschneiden».

Jetzt hat aber auch die – wohlgeleitete – ohne die Autoren am 5. Juni stattfindende TV-Diskussion über den Film keinen Sinn mehr: Eines der Hauptthemen wäre eben gerade die umstrittene These von Meienberg und Dindo gewesen.

Die «konzept»-Nummer mit der vollständigen Geschichte des Ernst S. und zusätzlichen Angaben ist immer noch für 1.50 Fr. in Briefmarken erhältlich bei «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Jetzt auf die TV-Sendung hin bestellen!

Gibt es an den Seminarien eigentliche Schülerorganisationen?

Nein, eben nicht. Es gibt das movimento studentesco, aber das ist sehr spontaneistisch und hat überhaupt keine Konstanz. Daneben gibt es die Schüler, die bei den Linksparteien mitmachen oder mit ihnen sympathisieren. Die kleinen, aktiven Minderheiten.

Das Terrain vorbereiten

Dann ist also die Streikbewegung doch recht spontan entstanden?

Das würde ich nicht sagen. Die Aktion wurde schon vorbereitet, auch von der Lehrgewerkschaft her. Wir haben den Seminaristen gegenüber unsere Meinung immer kundgetan: Dass es nicht genügt, Briefe und Petitionen zu schreiben, sondern dass es konkretere Aktionen braucht, dass man einen gewissen Druck auf die Behörden ausüben muss.

Für die gewerkschaftliche Aktivität an den Schulen gibt es natürlich eine Grenze, und das ist in diesem Fall die mangelnde Unterstützung durch die amtierenden Lehrer. Sie haben zwar Solidaritätsadressen geschrieben, aber wir haben uns gefragt, ob nicht ein kurzer Solidaritätsstreik der Lehrer nötig gewesen wäre. Die fortschrittlichen Lehrer sind eben doch noch eine Minderheit.

Nicht nur Standespolitik

Hatte dieser Streik nicht starke Elemente einer vor allem standesorientierten Politik? Arbeitslos gibt es ja nicht nur unter den Lehrern.

Die Gefahr ist tatsächlich sehr gross, dass die Lehrerbearbeitungslosigkeit aus dem Rahmen der allgemeinen Arbeitslosigkeit herausgelöst und somit nur mehr eine ständische Politik betrieben wird. Ich habe das an den Studentenversammlungen auch immer wieder gesagt. Die Arbeitslosigkeit eines Lehrers ist nicht schlimmer als die eines Arbeiters. Wir haben in dieser Frage Schwierigkeiten gehabt, die aber weitgehend beseitigt werden konnten. Wir haben sogar erreicht, dass die Studenten an der 1.-Mai-Kundgebung teilgenommen haben.

Man muss klar sehen: Die Arbeitslosigkeit der Lehrer kann gebremst, aber nicht beseitigt werden. Wir haben mit unseren Vorschlägen gezeigt, dass zwischen 120 und 150 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die Frage ist höchstens, wie sie finanziert werden. Aber gerade da beginnt die Politik. Die Diskussion muss dann darum gehen, wie die öffentlichen Gelder ausgegeben werden sollen.

Interview: Ruedi Küng
Beat Schweingruber

welche in anderen Landesteilen ausgebildet wurden und dabei neue Ideen und Schulpraktiken gelernt haben, welche sie jedoch in ihrer Tessiner Heimat an den Schulen nicht anwenden können oder dürfen. Auch dieser Umstand hat mit zur gespannten Situation beigetragen. Zu diesen «alten» Problemen kommt nun eben die Arbeitslosigkeit hinzu.

Jährlich 100 zusätzliche arbeitslose Lehrer

Jedes Jahr verlassen etwa 250 neue Primarschullehrer das Seminar, während die Zahl der Arbeitsplätze sogar abnimmt. Letztes Jahr hatten wir 60 arbeitslose Lehrer, dieses Jahr sind es 150. Für das nächste Jahr schätzt man etwa 300 (jeweils Beginn Schuljahr).

Gefördert wurde der Streik noch dadurch, dass unsere Gewerkschaft, d. h. die Lehrgewerkschaft des VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienstleistungen), schon vor zwei Jahren mit ganz konkreten Forderungen an die Regierung herantreten ist, mit Forderungen, welche zwar das Problem nicht lösen können, es aber wenigstens stark mildern. Diese Forderungen liegen nun in den Schulbladen der Erziehungsdirektion. Das hat die Schüler des Seminars verärgert, und mit ihrem Streik haben sie die Regierung zum Handeln veranlassen wollen.

Hauptforderungen des VPOD: Kleinere Schulklassen ...

Wie lauten diese Forderungen der Gewerkschaft?

Die erste Forderung besteht in der Reduktion der Schülerzahl pro Klasse auf maximal 20.

In den Zeitungen stand aber, dass diese Zahl bereits erreicht sei.

Diese Zahl in der Presse ist ein Mittelwert, ein Durchschnitt. Nun gibt es die kleinen Dörfer, wo in den Klassen

* Werner Carobbio (1936) war Berufsschullehrer in Bellinzona, Sohn einer Tessiner Arbeiterfamilie. Sekretär des PSA und Redaktor der Parteizeitung «Politica Nuova».

Präsident der kantonalen Lehrgewerkschaft des VPOD Gemeinderat in seiner Wohngemeinde Lumino, seit 1975 Nationalrat

das konzept will expandieren!

Zum Beispiel soll «das konzept» an mehr Veranstaltungen verteilt oder verkauft werden.

Oder müssen wir an fünf Orten gleichzeitig anwesend sein, um unsere Leser besser informieren zu können.

Oder wollen wir mehr Werbung treiben, vor allem ausserhalb Zürichs.

Oder möchten wir auch über Themen berichten, welche wir bisher nicht bearbeiten konnten, oder besser, wo wir schon berichten.

Oder wüschtet wir, unsere Redaktion mit mehr Arbeit belasten zu können, als dies heute möglich ist.

Oder soll unsere Zeitung mit mehr Zeichnungen und Karikaturen noch attraktiver gestaltet werden.

Zur Expansion brauchen wir also:

Zuträger von Informationen und Ideen, Realisierer derselben, Werber, Verkäufer, Zeichner, Austräger, redaktionelle Mitarbeiter, Korrespondenten usw. usw.

Es nützt dem «konzept», auch wenn der einzelne nur wenig Zeit aufbringen kann.

Entschädigung: Stärkung einer kritischen Zeitung + unsere Dankbarkeit + Geldbetrag (unseren bescheidenen Finanzkräften entsprechend).

Also: meldet euch, Tätige aller Art (01/47 75 30).

das konzept

bietet über 30 000 Lesern eine alternative kritische Monatszeitung an und einem davon einen

Nebenjob als Inseratenakquisiteur

Möchtest Du Dir mit zwei bis drei Stunden Einsatz im Tag, mit viel Initiative und zündenden Ideen, einen guten Nebenverdienst sichern?

Du kannst «das konzept» tatkräftig unterstützen, wenn Du seinen Inseratenraum verkaufst, seine Inserenten betreust ...

Wenn Dir etwas an Deinem Nebenverdienst und an Deinem «konzept» liegt, dann melde Dich doch auf der Redaktion, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Tel. (01) 47 75 30.

Die anderen haben ihre Geldgeber. Unsere Stärke sind Abonnenten.

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt (Ausweis kopie belegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)

zum Jahresabonnement 16 Fr. (Ausland 20 Fr.)

zum Schülerpreis von 8 Fr. (Ausweis kopie belegen!)

zusammen mit dem «zürcher student» (Juni 77 bis Februar 78) für 16 Fr.

Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Beruf: _____ Datum: _____

Talon einlesen an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten*als Probenummer*am «Kiosk» auf ein Inserat in nachstehender Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde vertrieben an folgendem Ort* (*Zutreffendes ankreuzen):

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n):

dk 77/5

stadtplanung

Basel: Quartierod auf Raten

Stadt kaputt

Die Zerstörung der Quartierstrukturen in unseren Städten, ausgelöst durch das Expandieren der Industrie- und Gewerbezone, treibt die Bewohner in die Vorortsgemeinden, in denen Quartierleben oft gar nicht existiert. Der Wohlstand, Massstab für Lebensqualität, hängt an, unseren unmittelbaren Lebensraum zu drohen: verpestete Luft, Verkehrslärm in Wohnquartieren, schwindende Grünflächen und Schnellstrassen in Naherholungsgebieten. Sergio Aiolfi und Oti Scheiwiler haben die leidvolle Entwicklungsgeschichte des wohl bekanntesten Basler Arbeiterquartieres, das «St. Johann», nachgezichnet.

Der Wohlstand hat uns selbstverständliche Dinge gebracht wie elektrische Haushaltsgeräte, Waschmaschinen mit Lochkartenprogramm, Produktionsmaschinen, bei denen Knöpfe und Hebel – Dinge, deren Funktionen nicht mehr für manchen begreifbar ist, was aber weiter niemanden gross stört. Erst wenn die Luft, die man einatmet, Kopfweh verursacht, wenn der Lärm an der eigenen Strasse einen zum Ausziehen zwingt

1939 gestattete zudem ein Zonenplan eine allgemeine Aufstockung um zwei weitere Stockwerke. Hinterhöfe, in denen sich vorher noch das Gewerbeleben abspielte, wurden überbaut. Durch diesen haltlosen Einbruch in die bauliche Entwicklung des Quartiers verringerte sich der Wohnwert rapide.

Für eine breite Vertreibung der St.-Johann-Einwohner sorgte die chemische Industrie in mehreren Expansionsphasen während der Hochkonjunktur. Sie hat sich in die Wohnviertel eingefressen, indem sie ganze Häuserreihen aufkauft hat – um sich den Platz für eventuelle Ausdehnung zu sichern. In der Zwischenzeit füllte sie die leeren Wohnungen mit Fremdarbeitern – eine sich lohrende Zusatzrendite ohne Verpflichtung gegenüber den neuen Bewohnern.

Zerfall der Quartierpolitik

Kamten sich früher die Leute in den Quartieren untereinander noch gut und konnten sich mit ihrer näheren Umgebung identifizieren, so zeichnete sich schon vor der Jahrhundertwende ein Zerfall der Einheit des Quartiers ab. Passivität und Resignation traten an die Stelle von politischem Selbstbewusstsein.

startet einem gähnende Leere entgegen. Kommunikation findet kaum mehr statt. In den letzten sechs Jahren mussten vier Restaurants schliessen. Früher trafen sich die Leute nach der Arbeit zu einem Bier. Heute ist das Quartier entweder Schlafstätte oder Arbeitsplatz. Die Chemiarbeiter wohnen in anderen Quartieren oder am Stadtrand – wer will schon in diesem lärmigen, dichtgedrängten und stinkenden Viertel ohne Grünfläche länger verweilen?

St. Johann ist heute Wohnort der Fremdarbeiter, die nur wenig Kontakt zu der übrigen Bevölkerung haben. Sie treffen sich nur mehr in ihren Stammlokalen und werden zwangsläufig isoliert. Ausserdem wohnen ältere Leute, ehemalige Industriearbeiter und einige wenige Studenten in diesem fast toten Stadtbezirk.

Neues Leben regt sich

Ein Blick hinter die Kulissen lässt spüren, dass ein gärender Umbruch im Gang ist. Seit knapp zehn Jahren regen sich die Leute langsam aus ihrer politischen Hoffungslosigkeit. Sie beginnen jetzt die Folgen jahrzehntelanger Lethargie zu spüren: Die systematische Zerstörung des Quartiers wird offensichtlich! St. Johann hat heute die höchste Einwohnerquote pro Hektar Stadtfläche – und kaum Grünzonen. Freizeitzentren fehlen, Spielplätze für Kinder finden sich in den wenigen noch unverbauten Hinterhöfen. Die chemische Industrie hat zudem eine unerträgliche Belastung durch den Verkehr und durch die schlechte Luft geschaffen.

Die Toleranzschwelle ist nun überschritten worden. Das Quartier beginnt sich zu organisieren und zu wehren. Vor einiger Zeit hat sich vor allem die SP auf eine basisorientierte Quartierpolitik verlegt, PdA-Sektionen verstärken ihre Quartierarbeit, und sogar die FDP möchte sich mit einer Initiative einschalten.



(Schwarz: St. Johann)

ist viel zu unflexibel und lähmt durch seine Schwerfälligkeit eine spontane und phantasievolle Aktivität.

Politisierung anhand traditioneller Forderungen

Die SP-Quartiergruppe und das Komitee «Wohnliches St. Johann» versuchen nun in kleinen, konkreten Schritten die Voraussetzungen für eine langfristige, zielgerichtete Bevölkerungspolitik zu schaffen. Anknüpfend an traditionelle Forderungen der Quartierbevölkerung, sollen die Bewohner aus ihrer politischen Verunsicherung herausgeholt werden.

• Ursprünglich sollte das Areal des «Basler Schlachthofes» arrondiert werden. Heute wollen die Quartierbewohner die leerstehenden Bauten für ein Erholungs- und Freizeitzentrum nutzbar machen.

• Der viel zu geringen Bauhöhe des Hochkamins von Basels Fernheizzentrale wegen – es steht in dem direkten Verlängerung der Mühlhäuser Fluglinie – wird das Quartier immer wieder von einer unerträglichen Luftverpestung heimgesucht. Bei schlechter Witterung erreichen die Verschmutzungswerte höchste Gefahrenstufe. Das Komitee «Wohnliches St. Johann» hat nun mit einer Petition erreicht, dass das Hochkamin um ein gutes Stück erhöht werden muss.

• Eine Elterninitiative organisiert den Kinderhütdienst.

• Die Quartiergruppe der POCH führt die Jahr ein grosses Volkfest im Quartier durch.

• 4- bis 5mal im Jahr versucht der SP-Quartierverein, mit Veranstaltungen über Fragen des Freiraums, der Aktivierung der älteren Leute usw. den Zusammenhalt im Quartier zu fördern.

Die genannten Gruppen sind es auch, welche die Bewohner zum politischen Einsatz gegen die Zerstörung ihres unmittelbaren Wohnraumes bewegen. Auf lange Sicht werden so Grundlagen für eine Identifikation der Wohnbevölkerung mit «ihrem» Quartier geschaffen. Die Leute im Quartier lernen auch allmählich, dass sie es in der Hand haben, ihre Ziele durchzusetzen, dass die politische Aktion letztlich das Instrument ihrer Forderungen ist.

Oti Scheiwiler, Sergio Aiolfi

Neue Quartierpolitik

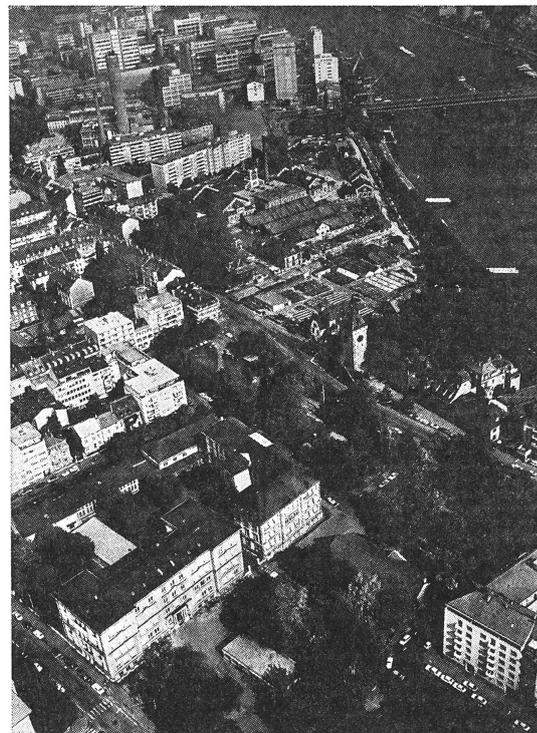
Quartierpolitik und Stadtteilarbeit, ein Feld, das von der Neuen Linken schon immer beansprucht wurde, bekommt langsam feste Konturen. Es ist nicht Quartierpolitik im Rahmen allgemeinen Arbeiterpolitik. Die gab es in den 20iger Jahren: Die grossen Arbeiterparteien der Stadt rekrutierten ihre Mitglieder in den Quartieren; Demonstrationen gingen von dort aus; proletarische Öffentlichkeit spielte sich dort ab.

Was sich heute als Quartierpolitik abzeichnet, hat den Charakter von Bürgerinitiativen. Der spezifisch proletarische Rahmen traditioneller Quartierpolitik ist gesprengt. Die Zusammensetzung der Bevölkerung im ursprünglichen Arbeiterquartier ist viel zu heterogen, um noch als proletarisch gelten zu können. Die Probleme im Quartier stellen sich so, dass sie nicht mehr allein von einer kämpfenden Arbeiterschaft, sondern von einer kämpfenden Einwohnerschaft gelöst werden müssen.

Die Zerstörung der eigenen Umwelt ist ein Problem, dem sich niemand entziehen kann und das so nahe an dem Lebensnerv geht, dass eine politische Handlungseinheit in der Art der Bürgerinitiative unumgänglich ist. Dem tragen die Linken heute Rechnung, indem sie sich an überparteilichen Quartierkomiteen betonen.

Ein zweiter Aspekt der sich herausbildenden Quartierpolitik ist der Kampf der Bewohner gegen ihre Degradierung, gegen die Beraubung des Rechts, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen im eigenen Lebensbereich zu treffen. Das ultimative Ziel ist die Erlangung von Kompetenz, die Möglichkeit, einen Raum, in dem man steht, zu überschauen. Dazu bedarf es keiner Aktivität, die von irgendeiner Institution, einer Partei oder sonst einem Apparat ausgeübt wird. Dazu bedarf es der Initiative eines Willens der Einwohner, ihren Wohnraum nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

Sergio Aiolfi, Oti Scheiwiler



Das Basler St.-Johann-Quartier

sein. Obwohl noch in den 30er und 40er Jahren gerade in diesem Quartier eine starke Arbeiterschaft in PdA- und SP-Sektionen organisiert war und politisches Gewicht hatte, zerfiel das Interesse an der Quartierpolitik immer mehr.

Die Hochkonjunktur verzeitelte die Kräfte. Parteien bemühten sich kaum mehr um eine Basispolitik, sie wurden zum Vehikel ambitionierter Funktionäre. Das Quartier wurde vernachlässigt. Seine Einwohner fühlten sich immer weniger für die sie betreffenden Probleme zuständig. Demokratie in der Wohnbaupolitik wurde zur Farce. Die katastrophalen Auswirkungen dieser Entwicklung hielten mögliche Nachweiskräfte davon ab, sich zu engagieren.

Als Massstab für den Identitätsverlust, für die Resignation mag die Stimmbeteiligung herangezogen werden. Nur wenige St.-Johann-Einwohner unternehmen noch den Gang zur Urne. Die Stimmbeteiligung liegt mit 12-15% deutlich unter dem Stadturchschnitt von 30%.

Totes Quartier

Geht man durchs St. Johann, so fallen links und rechts der Strasse die schmutzigen, ungepflegten Fassaden der Häuser auf, deren einstige solide Schönheit man nur noch erahnen kann. Sitzt man abends in einer der vielen Kneipen, so

Memento quartierpolitischer Aktionen

Juli 71: Um gegen leerstehende Häuser und teurer werdende Mieten zu protestieren wird, nach Veröffentlichung einer Liste leerstehender Häuser, ein Haus am Petersgraben besetzt.

Feb. 72 und April 73: Als Protest gegen den Bau eines Cityrings werden zwischen Heuwaage, Spalenort und Spital die Bäume besetzt.

Okt. 72: Errichten einer Strassensperre in der Schanzstrasse als Demonstration gegen die Aufhebung des Nachtfahrverbots.

Sommer 73: Der Versuch, Mieter aus einem Haus zu werfen, hat die Besetzung des Hauses an der Therwilerstrasse zur Folge.

Herbst 74: Aufdeckung des «Kleinhühner Benzinskandals»: Mehrere zehntausend Liter Benzin waren im Boden versickert und flossen in den Rhein.

Winter 74: Demonstration gegen leerstehende Häuser. Besetzung eines Hauses an der Güterstrasse.

März 75: Bekanntwerden einer riesigen, lange verschwiegenen Grundwasserverschmutzung im St. Johann.

Sept. 75: An der Elsäasserstrasse werden für drei Monate vier Häuser besetzt, um gegen den drohenden Abbruch zu protestieren.

Okt. 75: Kundgebung gegen den Bau einer Autobahn durch das Horburg- und das St.-Johann-Quartier. Der Schwerverkehr wird umgeleitet.

Anfang 76: Das Komitee «Wohnliches St. Johann» veranstaltet einen Umzug mit Gasmasken, um auf die Luftverpestung durch das Hochkamin der Fernheizzentrale aufmerksam zu machen.

– erst dann merkt man, dass hier Dinge im Gang sind, die man nicht mehr überschauen kann.

Auf ganz eindrückliche Weise ist dies den Bewohnern des Basler Quartiers St. Johann widerfahren, die sich von den aktuellen Entwicklungen vor ihrem Haus niedergewalzt fühlen.

Anfänglich selbstbestimmte Quartierorganisation

Bis Mitte des 19. Jh. war das St.-Johann-Quartier politisch selbständig und autonom organisiert. Sogenannte «Vorstadtgemeinschaften» übten praktisch sämtliche Funktionen des Quartiers (Polizei, Feuerwehr, militärischer Schutz gegen Frankreich). Sie hatten eine eigene Verfassung, die vom städtischen Rat bestätigt werden musste. Diese Gesellschaften lassen sich in ihrem Charakter mit einer echten Quartiergemeinschaft mit weitreichenden Kompetenzen aller Bewohner vergleichen. Unterstützt wurde dieses Gemeinschaftsgefühl im Quartier durch verschiedenste Anlässe (Feste, Tanzveranstaltungen usw.), die von den Vorstadtgemeinschaften organisiert wurden.

Ein Struktur- und Schichtwechsel vollzog sich um 1860 an. Ein grosser Teil des ausserhalb der Stadtmauer gelegenen Gebietes, das heutige äussere St. Johann, wurde von privater Seite billig aufgekauft. Chemische Industrie siedelte sich an und breitete sich explosionsartig aus. Siedlungen für die in grosser Masse anströmenden Arbeiterschichten wurden erstellt: St. Johann wurde zum Arbeiterquartier.

Allmählicher Identitätsverlust

Parallel zu dieser Entwicklung verfiel die Entwurzelung der Quartierbevölkerung. Die Vorstadtgemeinschaften lösten sich auf, die Einwohnergemeinschaft wurde aufgehoben. Eigentliches Quartierleben fand immer spärlicher statt. Quartierräte, die sich für die Interessen der Bewohner hätten einsetzen können, gab es nicht mehr.

Durch eine neue Verfassung wurde 1875 vom Freistaat eine zentralistische Stadtpolitik diktiert, welche Möglichkeiten und Willen zur Selbsterhaltung des Quartiers weitgehend unterband. Die staatlich «kontrollierte» Wohnbaupolitik förderte die systematische Zerstörung des Quartiers. Erstmals durften 4- bis 5stöckige Häuser gebaut werden, aussen solide, innen jedoch durchbrachen dünne Wände jegliche private Sphäre.



Abwehrwaffen. Die SIG in Schaffhausen bastelt an einem neuen Sturmgewehr Mod. SG 530. Dieses Gewehr soll auch mit Kaliber 5,56 geliefert werden. Die kleineren 5,56er-Projektile reissen wegen ihrer hohen Geschwindigkeit furchbare Wunden. Grauenhafte Photos aus dem Vietnamkrieg beweisen dies. Arzteams des IKRK im Libanon berichten, dass mit diesen Geschossen Verwundete zu einem sehr hohen Prozentsatz nicht mehr zu retten seien oder amputiert werden müssen. Trotzdem soll auch die Schweiz SG 540 mit Kaliber 5,56 erhalten...

Wenn schon Krieg, dann möglichst kurz. Und in dieser Beziehung habe Kal. 5,56 mannigfache Vorteile, meint ein Zürcher Leserbriefschreiber: Bedingt durch die schweren Wunden, beanspruchten Gefrorene «deutlich mehr ärztliche Hilfe als zum Beispiel Verletzte mit 7,62er-Wunden», weiter einen aufwendigen und schnellen Transport, eine lange Rekonvaleszenzzeit und einen komplizierten Medikamentennachschub. Damit sei auch das Ziel erreicht, dem Gegner möglichst viele Probleme für seinen Versorgungsspann aufzuzwingen, meint der humanitäre Schreiberling.

Schön haben's die Bergkantone, deren Jugend noch unangestastet von städtischer Verderbnis lebt. Der Kanton Wallis wollte es einmal genau wissen: Er befragte 1200 Jugendliche über Familie, Arbeit, Politik und was die Welt noch weiter so bewegt. Damit auch ja nichts Falsches auskomme, wurden die Antworten derer, die angegeben hatten, Kinder zu wünschen, aber nicht heiraten zu wollen, vom Computer automatisch ausgeschieden. Schöne heile Bergwelt!

Von den zwei Millionen Wohnungen in der Schweiz sind zwei Drittel Mietwohnungen, und ganze 15% Einfamilienhäuser. Nicht nur der Anteil der Mietskasernen am Gesamtwohnungsbestand ist in den letzten Jahren gesunken, sondern auch die Mietzinse: 1950-1975 erhöhte sich der Index der Konsumentenpreise um 99% – die Mieten stiegen hingegen um nicht weniger als 168%. (Angaben aus einer Studie des Instituts für Hochbauforschung [HBF] der ETH Zürich.)



bis 40% billiger reisen

Jugendliche Reisefans bis 26 entdecken Europa auf eigene Faust. Sie erhalten beim SSR Bahnbillette bis 40% unter dem Normaltarif, nach über 30 europäischen Städten.

EUROTRAIN ist ein Spezialbillett, das jungen Leuten mit schmalen Portemonnaie ermöglicht, auf billigste und unkomplizierteste Art ihre Nachbarn kennenzulernen.

EUROTRAIN-Bahnbillette sind ausschliesslich bei den SSR-Verkaufsstellen oder über den praktischen Telefonservice 01/47 30 00 erhältlich.



SSR, Postfach 3244, 8023 Zürich
Büros in Basel, Bern, Biel, Burgdorf, Chur, Freiburg, Luzern, St. Gallen, Winterthur, Zürich usw.

EUROTRAIN-Hits

Preise ab Zürich

Amsterdam	88.- statt 125.-
Budapest	52.- statt 103.-
Berlin	87.- statt 132.-
Hamburg	86.- statt 134.-
Kopenhagen	124.- statt 193.-
London	98.- statt 139.-
Rom	43.- statt 68.-
Wien	48.- statt 83.-

Zu A. Seilers Film «Früchte der Arbeit»

Sind Schweizer Arbeiter so?

A. Seilers Film über das Leben von Arbeitern in der Schweiz wurde am 1. Mai am Fernsehen im Abendprogramm gezeigt. Ob der anspruchsvolle Film, welcher über zwei Stunden dauerte, bei jenen Anklagen gefunden und Anreiz zu Überlegungen geboten hat, die er darstellte, kann nur schwer festgestellt werden. Sicher ist, dass er in den Intellektuellenkreisen, welche sich mit der Arbeiterbewegung solidarisiert, einen heftigen Diskussionsauslöser hat: die Meinungen stehen sich diametral gegenüber. Als Diskussionsbeitrag veröffentlicht wir einen kurzen Text von Seiler, einen Kommentar von P. Bichsel und von L. Suter.

Wie der Autor zu seinem Thema kommt

Als Sohn von Eltern aus dem gehobenen Bürgertum bin ich ohne eigentliches Bewusstsein meiner privilegierten sozialen Lage aufgewachsen. Beim Ausbruch der Weltwirtschaftskrise war ich ein Jahr alt; ich spürte sie nie am eigenen Leib. Ich wusste, dass meine Eltern nicht arm, aber auch nicht reich waren; die meisten unserer Bekannten waren reicher, die meisten meiner Kameraden in Kindergarten und Volksschule ärmer. Was ein Arbeiter war, wusste ich nicht; mein Vater sprach ab und zu von den «Sozi» oder «Roten». (...) Ich weiss nicht, wie es kam, dass sich mit zwei anderen aus der Klasse am 1. Mai 1946 mit dem Maibündel im Knopfloch zuhinterst im Umzug mitmarschierte. Ich erinnere mich aber, dass uns Karl Schmid, unser Deutschlehrer, kurz vor der Maturität für einen Stundenaufsatz das Thema «AHV – ja oder nein?» stellte, und bei der Suche nach dem Aufsatzheft sties ich auf einen anderen Stundenaufsatz, den ersten unserer Klasse beim namentlichen Karl Schmid: «Ich begegne einem Arbeiter.» Da lese ich: «Ich glaube, dass das dort eine ganz andere Welt sein muss, eine Welt, die uns fremd ist und die dort beginnt, wo das, was wir tun, in keinerlei subjektiver Beziehung zu unserem eigenen Ich mehr steht – wo das aufhört, was wir gerne als (Sinn) bezeichnen.» Ich wusste noch nicht, was Entfremdung, entfremdete Arbeit ist, aber ich spürte es, und ich plagte mich mit der Suche nach einer ganzen Weile mit dem Gedanken, ein freiwilliges Arbeitsjahr auf einem Kraftwerkbau zu leisten – obwohl ich genau wusste, dass mir die Kraft dazu in jeder Hinsicht fehlte.

Fünfzehn Jahre später: die Dreharbeiten zu «Siamo Italiani». Was mich interessierte, war der Fremde, der in der Fremde auch sich selbst entfremdet wird, und ich merkte erst später, dass sich in dieser Lage des Fremdarbeiters unter Arbeitern jene des Arbeiters in den Fabriken des Bürgertums bloss wiederholte. (...) Wieder acht Jahre später: das Projekt «Die Früchte der Arbeit». Wer ist der Schweizer Arbeiter, der in «Siamo Italiani» bloss als anonyme Masse, als Teil eines Herrenvolkes, einmal als zahlungsvertelnder Werkmeister in Erscheinung tritt? Wie ist er geworden, was er ist: «Mitarbeiter» seines Arbeitgebers (nicht seines ausländischen Kollegen), Konsument, Anhänger des Dr. James Schwarzenbach? Aber auch: Verhandlungspartner der Mächtigen und dadurch selber eine Macht, materiell bescheiden gesichert, kein Armer, kein Prolet mehr, Nutznieser der Fünftage- und (1967)

einer 44,7-Stunden-Woche? Und wiederum: Mieter auf einem Wohnungsmarkt ohne Angebot, Autobesitzer zwar, aber aus den Städten hinausgedrängt in Schlafvierteln im Grünen und Pendlar auf verstopften Strassen? Wer ist er, wofür arbeitet er, was sind die Früchte seiner Arbeit, und die Frucht welcher Arbeit ist die Lage, in der er sich heute befindet? Alexander J. Seiler

Früchte der Arbeit – eine Enttäuschung

Nach der Vorführung des Films an den Solothurner Filmtagen 1977 gab es Enttäuschung. Sie glauben zu wissen, was zu erwarten sei. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist zu einer sehr romantischen Geschichte geworden, daran sind letztlich alle interessiert, die einen, weil sie behaupten, auch dabei gewesen zu sein, die andern, weil sie wünschen, den Helden der Arbeiterbewegung zu gleichen. Das historische Bewusstsein ist da und dort zur sozialen Nostalgie geworden, die Geschichte der Arbeiterbewegung zu einem Monumentalbild.

Wir haben Mühe, uns vom einmal gezeichneten Bild des Proletariats zu trennen. Der Arbeiter ist unserer Vorstellung eine historische Grösse, damit machen wir es jener, die behaupten, es gebe kein Proletariat mehr, leicht.

Seilers Arbeiterfamilie ist eine Überraschung. Ich kenne sie zwar genauso, aus ganz persönlicher Erfahrung und auch aus der als Lehrer, als ich Dutzende von solchen Familien besucht habe, anständigen, brave, saubere Familien, aber es wäre mir nie eingefallen, eine Arbeiterfamilie so zu beschreiben. Ich habe sie erst in Seilers Film als typische Arbeiterfamilie entdeckt, und mir sind gleich sehr viele Parallelsbeispiele dazu eingefallen. Ich weiss auch, weshalb ich nicht darauf kommen wäre, sie so zu beschreiben – da fällt zu wenig Poesie ab, zu wenig Traurigkeit und Stimmung. Wir haben in vielen Dingen – nicht nur hier – die Tendenz, den Durchschnitt und die Mehrheit nicht für typisch zu halten; dies vielleicht deshalb, weil Typisches erst der Beschreibung, der Zeichnung bedarf, Typisches kann nicht an der Statistik, sondern nur an der Schablone erkannt werden.

Das macht die Darstellung immer wieder notwendig, und letztlich ist das auch die politische Relevanz einer Darstellung. Seiler hat ein Bild des Schweizer Arbeiters der siebziger Jahre entworfen. Er kann uns nicht zwingen, es anzuneh-

men, und er muss Verständnis dafür haben, dass es uns schwerfällt.

Seiler erzählt nicht die Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung, nicht nur auch nicht seine Absicht, sondern er misst sie nur an der Gegenwart. Der oft wenig belegte Satz des biederen Sozialdemokraten «Wir haben einiges erreicht» wird hier optisch überprüft. Das Brecht-Zitat «Ist also eure Welt schon besser?» ist in diesem Zusammenhang nicht nur Agitation, es wird zu einer echten Frage, und mir scheint, es wird als Frage bitterer; denn als Agitation wird es zum Fanal und zur Hoffnung, als echte Frage wird es zum Ausdruck unseres sozialistischen Unbehagens. Wir haben etwas erreicht, nun stehen wir davor und wissen nicht so recht, ob es das war.

Seiler hat enttäuscht – er hat die Täuschung aufgedeckt. Die Enttäuschten sind die Linken. Das überrascht mich, denn Seilers Film kann als Kritik an sozialdemokratischen Weg interpretiert werden – er muss nicht, er kann – eine Enttäuschung von Seilers Kritikern ist auch seine eigene: der entproletarisierte Arbeiter hat mehr Biederkeit als Glück gefunden. Wie auch immer, Zurückproletarisieren ist nicht die Lösung.

Ich habe den Verdacht, dass die Arbeiterbewegung erst etwa Romantisches geworden ist, seit es eine Geschichte der Arbeiterbewegung gibt, und wir begeistern uns gern an dieser Geschichte und beziehen die Motive für unsere politische Arbeit lieber aus ihr als aus der Gegenwart. Seiler relativiert diese Geschichte, er nimmt ihre Farbe und entromantisiert ein historisches Gemälde. Peter Bichsel

Seilers Arbeitswelt

Am Abend des Tages der Arbeit filmte Seiler die Serienproduktion über den Bildschirm. An einem Festtag macht auch das Schweizer Fernsehen an die grosse Mehrheit seiner Zuschauer gewisse Zugeständnisse: bringt nicht den sonnig-melancholischen oder heiteren Sonntagabendstreifen made in Hollywood, sondern – es ist ja nur einmal im Jahr – einige Stunden Arbeitswelt. Lässt sich die unvermittelte Anwendung von Bewusstseinsbildung sogar was kosten: 90 000 Franken zahlte die SRG an die 420 000 Franken Herstellungskosten von «Früchte der Arbeit», dem anspruchsvollen und aufwendigen Film von Alexander J. Seiler über und mit Arbeitern.

«Typische» Sonntagsschwerer, bewusste 1.-Mai-Gänger, kampfwillige Linke, Resignierte, Traditionsbewusste, illusionslose Realisten, Arbeiter und Arbeitslose – alle haben sie zumindest die ersten Vorstellungen des gesangenen – Dokumenten über Arbeit und Arbeiter in der Schweiz 1914–1974 gesehen und hitzig – es geht schliesslich um die eigene Beziehung zu Geschichte und Gegenwart der schweizerischen Arbeiterbewegung – diskutiert, ob die «Hauptdarsteller» des Films, die Arbeiterfamilie Fierz, dem Durchschnitt des «Arbeiterbewusstseins» entsprechen. Der gezeigte Ausschnitt Realität provoziert Versicherung und Zweifel: So ist es? des Typischen, des «Normalfalls» getroffen, hat die Darsteller ausgewählt aufgrund einer grossen Anzahl von Vorinterviews, die er zusammen mit Niklaus Meienberg geführt hat, und unter Be-

Das Motto des Zürcher Gewerkschaftskartells zum 1. Mai 1977 lautete: «Arbeit – Freiheit – Sicherheit». Hier die «konzept»-Vorschläge für 1978.



rücksichtigung bestimmter formaler Kriterien (möglichst drei Industriearbeitergenerationen in einer Familie, «photogener» Arbeitsplatz...).

Alexander Seiler hat an der Verwirklichung des Projekts, Arbeit und Arbeiter in der Schweiz des 20. Jahrhunderts darzustellen, hart gearbeitet. Ausgehend davon, dass Film die Realität auch mit noch so improvisierter Aufnahmetechnik nicht unverfälscht, sondern vermittelt, durch ein Medium eben, wiedergibt, haben Seiler und seine Mitarbeiter in solidarischer Absicht ihr ganzes handwerkliches Können angewendet, diejenigen filmischen Mittel (35 mm, Farbe etc.) ausgenutzt, die sonst allenfalls einem Bronson zustehen, um eine Familienszene zu zeigen, die sonst kaum zu Wort und Bild kommt. Gehen für einmal an die Alltagswelt mit den Hollywood-Techniken. Wollen mit ihrer Filmarbeit nicht «Unmittelbarkeit», sondern die Erfahrung von Alltag, Typischem, Wiederholung herstellen.

Dabei geschieht es, dass die Arbeitswelt Seiler und die von Fierz aufeinander treffen. Der Film Seiler, der die meisten bekannten Schweizer Filmemacher aus (gross)bürgerlichem Haus kommt, fährt mit einer zehnköpfigen Equipe in dem ziemlich engen Haus von Fierz ein, stellt Scheinwerfer hin, baut Kamerawagen vor dem Fenster auf und leuchtet drei Wochen lang von morgens bis abends den Alltag der Familie Fierz aus. Trotz der Doppelbelastung der

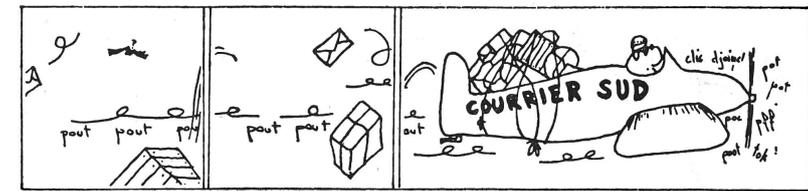
Familie Fierz durch Film- und Lohnarbeit wird das persönliche Verhältnis zwischen Darstellern und Filmemachern des Kameramanns gut. Man ducte sich, ging ein und aus wie bei Bekannten, sprach bei einem Glas Wein über dieses und jenes.

Doch das ganze Arrangement – ein professionelles Filmteam, das zu feinsäuberlich nach Arbeitsfunktionen abgestellten Löhnen den Alltag einer ausgewählten Arbeiterfamilie aufnimmt, sie einzelne Szenen ihrer Alltagshandlungen wiederholen lässt, wenn es für die filmische Qualität unerlässlich ist; Arbeiter, die vor grauen Vorhängen, als Brustbild ausgesetzt gefilmt, spontane Statements abgeben zu ihrem Leben, ihrer Arbeit, der Situation, in der sie stehen (Ergebnis: gegen 20 Stunden Filmmaterial) –, das ganze Arrangement ergibt sich nur aus einem Grund: um die Idee, eine zugestandenmassen wichtige und mutige Idee, eines Regisseurs zu realisieren.

Seilers Absicht war es nicht, wie z. B. Sturm in seinem «Streik ist keine Sonntagsschule» das Filmkonzept mit den Arbeitern zu diskutieren, wie für die filmische Heraklit bürgerlich, aber Solidarität mit der Arbeiterbewegung – offen darlegen:

Es gilt Geschichte und Alltag des Arbeiters Fierz zu verstehen in der Verarbeitung des historischen und alltäglichen ebenfalls «vorbelasteter» Regisseurs Seiler. Der begibt sich mit «Früchte der Arbeit» in anspruchsvolle Widersprüche. Liselotte Suter

STUDENTENFLUEGE



einfach retour

ATHEN FR. 230.- 460.-
LONDON FR. 120.- 200.-
TEL AVIV FR. 320.- 640.-



SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST
 Basel, Bern, Chur, Luzern, St.Gallen, Zürich
 Tel. 01/47 30 00

treffpunkt

Metli, bisch etel, oppä 18–21, sportlich und besch Hunder! Ich bin eifache und vielseitige Schutudent, 24. Schribsch mer? Bildzschrift an Chiffre 3875, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Naturwissenschaftler, 27, erst einige Monate in Zürich, sucht Wohngemeinschaft, die nicht nur ein Zimmererstein ist. Ich möchte gerne wieder intensiver mit Leuten zusammenleben, das ist das wichtigste, doch würde ich auch gerne mein Appartement gegen ein schönes Haus mit viel Platz tauschen. Ich würde mich auch an Neugründung beteiligen. Kontaktaufnahme zum Kennenlernen Tel. 79 29 27, abends oder am Wochenende.

Akademiker möchte auf diesem Weg hübschen, zärtlichen Boy kennenlernen, um mit ihm alle schönsten Seiten des Lebens zu geniessen. Schreib mir (mit Photo) vertrauensvoll unter Chiffre 3946, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Schwuler Student (22) sucht in Bern heterosexuellen Kollegen oder Modi für Wohngemeinschaft, Chiffre 3947, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ich such in r Umgebig vo St.Galle es paar ufgschlehtli Lüt, wo mithälfed, e Selbsterfahrungsgruppe z gründe. Hilfsmit, so löüt doch einfach emoi aa. Tel. (071) 22 72 75 (Urs).

ZHT: Willst du mit mir eine ehrliche Liebe aufbauen? Student (29), vielseitig interessiert, sucht nettes, hübsches Mädchen als Freundin und Partnerin für FKK-Urlaub. Ernstgemeinte Briefe (gerne mit Bild) an Chiffre 3955, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student, 21/180, sucht jungen Jeans- und Lederboy (zwischen 18 und 22 Jahre alt) mit oder ohne Motorrad zum Gernhaben. Jede Bildzschrift wird sofort diskret beantwortet. Chiffre 3954, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Arbeitsgruppe Wohngemeinschaft. Möchtest du mitmachen bei der Bildung von neuen Wohngemeinschaften? Wir treffen uns am Freitag, 27. 5. 77, um 19.00 Uhr im Hi-Ho Kollektiv an der Seestr. 292, 8023 Zürich. Tel. 53 79 81 oder 43 84 22 (Do. Nachmittg). Auch für Hinweise über leerstehende Häuser usw. sind wir dankbar.

FLOHMARKT

Jetzt Ferienzeit! Für Renault R 4 Gepäckträger, in bestem Zustand, günstig abzugeben, da Wagen gewechselt. Beschleunigung an «konzept» oder Tel. 34 35 17 (tagsüber).
 Verkaufte Zoom-Objektiv «Admiral» mit Minolta-Bajonett, 1:3.8, 85–205 mm, praktisch neu, wegen Nichtgebrauchs 400 Fr. (neu im Discount 613 Fr.). Ebenso grosse Pleo-Kinoasche 38 x 25 cm, neu, wegen Nichtgebrauchs 70 Fr. (neu ca. 110 Fr.). Tel. (01) 47 33 34 abends.
 Verkaufte Kassetten-Tonbandgerät mit eingetauscht automatischem Mikrophon, mono, wenig gebraucht, sehr günstig. Tel. (01) 47 33 34 abends.
 Verkaufte Tüftelbrenn-Mantel, absolut wasser- und luftdicht, wegen Nichtgebrauchs, sehr günstig. Tel. (01) 47 33 34 abends.

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung: die Gratis-Rubrik



für die Reisepartner-Suche

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere eigenen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Wie mach' ich's?

Texte außer mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einsenden an «das Konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).

Musikreiser: Wer musiziert und wandert auch ein bisschen? Ich, 22jährig, Naturfreund, möchte nicht nur von Stadt zu Stadt, sondern auch einmal auf offenem Land spazieren (evtl. bis 6 Monate), Blues, Jazz, Silvio Pellico, Eisen, Bielefeld, 28, 4052 Basel.

Junges Paar mit VW-Bus sucht per 1. September Mitreisenden mit Bus für einreise: Enrico Monti, Rudenzweg 51, 8048 Zürich, (01) 52 45 52.

Boy, 19/175, dunkelhaarig (Hobbies: CH-Popmusik, Cinti-Band-Funk, Tanzen, Reisen) sucht Girl für Inter-Attrip. Dauer 3 Wochen plus ein paar Tage im Juli, August. Vorgesagte Ziele: Wien, London, Amsterdam, Kopenhagen. Bildzschriften bitte an: Christian Kehrig, Holwiesenstr. 154, 8057 Zürich.

Wir (Sie 23, Er 24) trampen vom Juli bis Oktober '77 mit Bus und Bahn durch Südamerika. Reiseorte noch nicht festgelegt. Wer (am besten zu zweit) macht mit? Paul Gehrig, Oberbetsbergstr. 73, 9230 Flawil.

Unter dem Stichwort «Südnorwegische Fjorde» suchen Kurt und Herbert nach 2 Reisebegleiterinnen, etwa 20–30 Jahre, Hin- und Rückreise mit Zug (30. Juni–18. Juli). Eine Woche mit Mietauto und Zelt, eine Woche in Blockhütte (Aufstiege mit Velo und zu Fuss). H. Schaffer, 3066 Deisswil, (031) 51 42 69.

Student (24) sucht Reisepartner(in) für Nepalreise von Mitte-Juli bis Mitte Oktober '77. Hinweise: Offener, Verkehrtmilitär, eventuelle Trampen, Rückweg: Flug Dehra-Frankfurt. Würde auch gerne mit kleinerer Gruppe mitfahren. Wer bietet MFG? Resistenzen ca. 2500 DM. Genaue/rs: Roland Blessing, Bursagegasse 18A, D-7411 Tübingen 1.

Suche Partner für Südamerika-Trip (ca. 3 Monate mit Rück- und billigen Reisemitteln), Juli bis Oktober. Interessenten bitte möglichst bald melden! In versch. andere Vorberreitungen getroffen werden müssen, bei: Wolfgang Mängler, D-78 Freiburg, Kapplerstr. 57, 0049/7616/79 68.

Je plus 10 semaines aus USA + Vous avez 18 ans (mon age) ou plus, vous parlez anglais et français, êtes intelligent(e), sympa et débrouillard(e), traversons ensemble les USA en «Express» Départs vers 12–20 juillet, Bernard Guivin, 4 Place de l'Éclair, 1224 Chêne-Bougeries, Genève.

23jährige sucht zuverlässigen Reisepartner/-in für mehrtägige Südamerikareise oder, Asienrip (Indonesien). Bitte melden bei Judith Wiedl, Freilichtstr. 40, 9104 Zürich, Tel. (01) 52 47 48.

Zum Inserieren Text (max. 30 Worte) mit Schreibmaschine oder Blockschrift und mit Vermerk «konzept» bzw. «Kleininserat» einbringen an MOSSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich, und Betrag (Kontaktinserat inkl. Chiffregebühr: Fr. 12.–) auf Postcheckkonto 80–1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat (das Konzept)» bzw. «Kleininserat (das Konzept)» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzugsbuchs. Falls mehr als 30 Worte: pro angebrochene 10 Worte zusätzlich Fr. 4.– einzahlen. Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages. Auf Kontaktinserate eingehende Briefe werden wöchentlich per Post zugestellt. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Wenn Genetiker ...

Fortsetzung von Seite 1

nen. Durchweg bestehen diese Kommissionen aus Wissenschaftlern, die mit der Technik des «genetischen Engineering» vertraut sind und sich ihrer mitunter auch bedienen. Der Molekulargenetiker Erwin Chargaff vergleicht diese Situation mit derjenigen, wo eine terroristische Organisation von der politischen Polizei Richtlinien für das Legen von Bomben verlangt.

Bezeichnenderweise setzen sich diejenigen Genetiker mit besonderer Vehemenz gegen eine Kontrolle ihrer Tätigkeit zur Wehr, welche in der angewandten Forschung tätig sind. Dazu gehört auch der Wissenschaftler Lederberg, der sich die kontrollierte Evolution der Menschheit wünscht. Im «Züchterjargon» heisst das etwa Kontrolle der menschlichen Erbgutveränderungen sowie deren gezielte Manipulation.

Dass das Biologisieren der Gesellschaft mitunter zu Rassismus führt, zeigte das Ciba-Symposium im Jahr 1962 in London, als Genetiker allen Ernstes erörterten, ob eine Zuchtwahl der Menschen nötig werden würde und wie diese durchzuführen sei. (Vgl. R. Junk, J. Mundt: Das umstrittene Experiment - Der Mensch, München 1966.) Der amerikanische Chirurg und Nobelpreisträger Alexis Carrel verlangte in den

dreissiger Jahren die Errichtung von Euthanasieanstalten für Geisteskranke und Kriminelle.

James Danielli, Mikrobiologe und Nobelpreisträger, fordert denn auch seine Forscherkollegen auf, endlich einzusehen, dass ihrer Forschung Grenzen gesetzt sind und dass sie allein nicht unbedingt in der Lage sind, diese zu erkennen. «Leider sind auch Forscher korrupt oder verfallen blindem Ehrgeiz. Das B-Waffen-Gespenst und die Homunculus-Phantasien entstehen auf einem realen Hintergrund und rühren vom kopflosen Gebrauch des Wissens her.»

Das grosse Misstrauen der Öffentlichkeit, dem der Wissenschaftler mitunter entgegentritt, kommt nicht von ungefähr. Die zum Teil recht verbreitete Wissenschaftsfeindlichkeit in gewissen Bevölkerungskreisen liegt in den Auswüchsen der Fachidiotie, die in der Abgeschlossenheit der Forschungslabors spriessen, und im fehlenden Kontakt zur Bevölkerung begründet (vgl. «Tages-Anzeiger», 26. Okt. 74). Marshal Nirenberg, Biochemiker und Nobelpreisträger: «Die Entscheidung darüber, ob das Wissen über das Manipulieren mit Genen angewendet werden soll, muss von der Gesellschaft getroffen werden. Nur eine gut informierte Gesellschaft kann vernünftige Entscheide treffen.»

echo

Leserbriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion «das konzept» Rämistrasse 66, 8001 Zürich.» Kurze Zeilen freuen uns besonders.

Kritik in gemässiger Sprache

Bericht über den Nestlé-Prozess, «konzept» Nr. 4/77

Ich verstehe Ihre Enttäuschung darüber, dass Nestlé dank dem Rückzieher der übrigen drei Anklagepunkte nun doch (fast) recht bekommen hat. Es ist aber ziemlich deutlich, und das wurde auch in der Presse allgemein gesagt, dass moralisch eben doch die Arbeitsgruppe richtig Welt gesiegt hat.

Apropos formaljuristische Feinheiten: Es geht in Ehrenerzetzungsprozessen immer auch um die Wortwahl, d.h. um den Stellenwert, den der verwendete Ausdruck im Volksmund hat. Ich bin sicher, dass ich verurteilt würde, wenn ich von jemandem säge, sei sie eine Hure, auch wenn die Betreffende wirk-

lich vom Erlös ihrer Unzucht lebt. «Töten» und «Hure» haben eindeutig einen beleidigenden Sinn, der in der umschreibenden Aussage nicht mehr vorhanden ist. Darum ist es statthaft zu sagen, Nestlé sei schuld am Tod von Tausenden von Babies, aber nicht, Nestlé töte Babies.

Dies ist häufig ein Fehler engagierter Publizistik, dass vor lauter Gefühl (Zorn oder Begeisterung) in der Wortwahl über das Ziel hinausgeschossen wird, was dann eben den Gegnern willkommene Angriffspunkte bietet. Ich finde, man soll auch an extremen Zuständen Kritik in gemässiger Sprache ausdrücken, auf die Gefahr hin, dass dies weniger publikumswirksam ist. Auf die Dauer wird man doch sicher eher ernst genommen.

B. Maag

ten wir es nicht versäumen, die Leser auf unsere Interessengemeinschaft Psychiatrie (IGEP) aufmerksam zu machen. Unserem Verein haben sich viele angeschlossen, die Schwierigkeiten mit Institutionen, insbesondere psychiatrischen, haben. Wir versuchen uns gemeinsam mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. So vertreten wir vor allem Interessen von Patienten und ehemaligen Patienten psychiatrischer Kliniken. Zur Zeit bestehen folgende Gruppen: Arbeitsgremium, Freizeitgruppe, therapeutische Gruppe. Adresse: IGEP Zürich, Postfach 174, 8046 Zürich, Tel. 57 42 27. *Monika Ammann*

Wenigstens bleibt M. im Gespräch

Briefwechsel zwischen N. Meienberg und F. Luchsinger in «konzept» Nr. 3/77.

Nebenbei gesagt: Es hat mich masslos interessiert zu erfahren, dass Herr Meienberg dem Herrn Luchsinger einen Beitrag vorgeschlagen hat und Herr Luchsinger nichts davon wissen wollte. Es interessiert mich auch in Zukunft ausserordentlich, welchen anderen Chefredaktoren Herr Meienberg seine bedeutenden Einfälle erfolglos zu verkaufen versucht. Wenigstens bleibt Herr M. so im Gespräch. *W. M. Diggelmann*

SSS STUDENTEN SCHREIB-SERVICE

DISSERTATIONEN/LIZENTIA- UND SEMESTERARBEITEN

- Reinschriften vorschriftsgemäss und druckfertig ab Manuskript
- Reinschriften auf IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Film- und Korrekturband, 20 verschiedene Schriften inkl. Zeichen und Symbole
- Dissertationsdruck im Offsetverfahren inkl. Binden
- Photokopieren mit dem XEROX-4500-Kopierer (Sortieren und IBICO-Bindungen)
- GÜNSTIGSTE PREISE** (z. B. Drucken und Binden von 200 Exemplaren à 100 Seiten nur 780 Fr.)
- KÜRZESTE LIEFERFRISTEN!**
- ERSTKLASSIGE QUALITÄT!**
- INDIVIDUELLE UND UNVERBINDLICHE BERATUNG!**

SONNEGGSTR. 26 • 8006 ZÜRICH • ☎ 01 / 32 00 88

Ein Vergleich lohnt sich bestimmt. Wir gewähren für Studenten und an Hochschulen sowie Universitäten tätigen Angestellten

bis 30% Rabatt auf hochpräzise **Mikroskope**

für Studien-, Labor- und Forschungszwecke. Mit Garantie und Service. Einmalige Gelegenheit!

Verlangen Sie unsere Unterlagen oder überzeugen Sie sich von unseren Mustergeräten.

marimex ag, magnolienstr. 3, 8008 zürich. 01-34 39 22 Hr. Albisser od. Hr. Sutter.

USA, Wisc.

Familienaufenthalte für Töchter

von 18 bis 24 Jahren vermittelt International Summer Camp, 5401 Baden, Tel. 056/22 32 60

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten: **Juris Druck + Verlag AG**, Basteiplatz 5, 8001 Zürich. Telefon 01/27 77 27

DISSERTATIONEN

druckt exzellent	von DIN A4-Vorlage, auf DIN A5-Format	bei Expl.	DM pro Seite
		70	3.30
		100	3.45
		150	3.65
		200	3.85
		300	4.25

BÖNECKE
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29. Ruf 05323/3525

Frachtverbilligung Raster billigst!

Angebot anfordern

Organikum
Organisch-chemisches Grundpraktikum

15., überarbeitete Auflage
880 Seiten, Leinen, mit 123 Abbildungen und 154 Tafeln, 51.50 Fr. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (DDR)

Vorwort zur 15. Auflage
Die vorliegende Auflage des «Organikums» wurde wiederum in einzelnen Teilen überarbeitet und ergänzt. An die überarbeiteten Abschnitte über Spektroskopie schliessen sich jetzt Hinweise zum methodischen Vorgehen bei der Strukturklärung mit Hilfe spektroskopischer Methoden an. Das Kapitel «Additionen» erhielt eine neue Gliederung; die Abschnitte «Cycloaditionen» und «Metallkomplekatalysierte Reaktionen» sind ergänzt bzw. neu aufgenommen. In das Kapitel «Identifizierung organischer Substanzen» wurde ein Ablaufplan eingefügt.

Selbstverständlich haben wir wiederum Vorschriften überprüft und präzisiert, den Text an vielen Stellen gestrafft und die Literaturhinweise auf den neuesten Stand gebracht. Die gute Resonanz, die das Buch im In- und Ausland gefunden hat, äusserte sich auch diesmal in vielen wertvollen Hinweisen von Fachkollegen, die weitgehend bei der Überarbeitung berücksichtigt wurden.

Zu beziehen: durch Ihre Buchhandlung!
Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb, 8004 Zürich, Cramerstr. 2/Ecke Zweierstrasse, Tel. (01) 39 85 12 + 39 86 11.

Zwischen zwei Vorlesungen ein erfrischendes

CAMELLA

choco drink

Unsere «Pillenliste» hat auch schon in schwereren Fällen geholfen. Bei Schwierigkeiten «das konzept» anfragen (Antwortumschlag beilegen).

CopyQuick

Semesterarbeiten, Dissertationen, Doktorarbeiten

alles drucken wir zu äusserst günstigen Preisen ab reprofertigen Vorlagen

Vorlagenherstellung mit IBM-Kugelkopfschreibmaschine oder IBM-Composer

Preise auf Anfrage Lieferfristen: besonders schnell

rufen Sie an oder kommen Sie vorbei

Zweierstrasse 129, 8003 Zürich, Tel. 01/353 888 oder Schützengasse 4, Eingang Waisenhausstrasse, Tel. 01/276 636

GAULOISES

Verdrängtes Wissen
660 Zitate zu 66 Thesen

Ein Lesebuch für freie und offene Menschen, zusammengestellt von einem Schweizer Lehrer (140 Seiten), zu beziehen zu 10 Fr. durch: **Buch 2000, Postfach 8510 Affoltern**

Bei uns erhalten Sie erotische **Filme und Magazine** (auch homophile) besonders günstig. Schreiben Sie mit Altersangabe an den Plaisir-Versand, Postfach 1131, D-7886 Murg.

Semesterarbeiten Dissertationen

tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.
R. Hager, Waldstrasse 14, 8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50

Für Ferienaushilfe gesucht ab 1. Juni 1977

junge Männer oder Frauen für Reinigungsarbeiten

Restaurant «Kronenhalle»
8001 Zürich (Bellevue)
Rämistrasse 4 (Tel. 01/34 58 93)
Herrn Stettler verlangen.

Ihre **DISSERTATION** schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin

Rued Gysin AG, Haus der Regographie
Im esernen Zeh 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66, Filiale 8050 Zürich-Denkert
Hugobasstrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/66 22 33

Sie suchen in Zürich **möbl. Zimmer** oder **möbl. Wohnung?** Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!

devo Verwaltungs AG, 8039 Zürich
Tödistr. 48, Tel. 25 73 12

COPY-CORNER
FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Seilergraben 41, 8001 Zürich
Tel. 01/32 49 34, PC 80-27780

FOTOKOPIEN AUF NORMALPAPIER (xerographisches Verfahren)

		20 Rappen/Stck.
mit LEGI		15 Rappen/Stck.

Schnelldruck (ab einer Vorlage)

	1seitig	2seitig
30 Ex.	4.50	9.—
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.—	28.—
300 Ex.	21.—	38.—
350 Ex.	23.—	42.—
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.—	52.—
1000 Ex.	40.—	73.—

ÖFFNUNGSZEITEN MO-FR 08.30-18.30 SA 10.00-13.00 **Ibico-Spiralbindung pro Buch 2.50-4.50**

In Iran regiert ein faschistisches Regime

«Die Opposition bin ich selber»

Obwohl das schweizerische Kriegsmaterialgesetz Waffenverkäufe in Spannungs- und Konfliktgebieten untersagt, lieferte die schweizerische Waffenindustrie im Jahr 1976 für 115 Mio. Fr. Waffen an Iran, das Land mit den höchsten Hinrichtungszahlen und mit zigtau-

send politischen Gefangenen. Der folgende Artikel schildert das Herrschaftssystem und dessen groteske Auswüchse, das der «König der Könige», Schah Reza Pahlawi, mit Hilfe des CIA über das persische Volk erichtet hat.

Auf die Frage eines Journalisten antwortete der Schah, es gebe in Iran ungefähr 3000 Feinde - Kommunisten, islamische Marxisten und andere - in Gefängnis, und einige in Freiheit. Amnesty International allerdings beziffert die Zahl der politischen Gefangenen 1977 auf 25 000-100 000. Sie alle sind Opfer einer perfekt organisierten Geheimpolizei, der Savak, deren Agen-

zu seinem Regierungsstil. Der Führerkult des klassischen Faschismus wird im Persien des Schahs fortgesetzt: «Nachfolger des Cyrus», «Unfehlbarer Führer», «Genialer Erbauer der Zukunft», «Sonne der Arier», «König der Könige», «Zentrum des Universums» sind nur einige der markanten Titel, mit denen sich der Schlichter huldigen lässt.

dass bei den «Prozessen» gegen Regimegegner die fundamentalsten Menschenrechte verletzt werden.

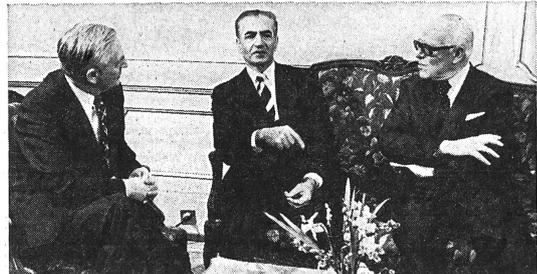
Unterdrückung jeglicher Opposition

Der Amsterdamer Kongress von Amnesty International vom Februar dieses Jahres, welcher den politischen Gefangenen im Iran gewidmet war, stellte folgende traurige Bilanz auf: 25 000-100 000 politische Gefangene schmachten in den Kerkern der Savak, wo sie ständigen Folterungen ausgesetzt sind. Seit 1972 wurden mehr als 300 Menschen ohne halbtaubem Rechtsgrund hingingerichtet. Vor den Augen Gefangener werden deren Angehörige gefoltert,

Die mit Hilfe des CIA im Jahre 1956 gegründete Savak (Sazeman-Aktehlat-Va-Amniat-Kechvar = Nachrichten- und Staatssicherheitsdienst) ist heute einer der mächtigsten politischen Polizeiorganisationen der Welt. Sie ist das gefährlichste Instrument, mit welchem die iranische Diktatur die Revolutionäre verhaftet, foltert und ermordet und jede Oppositionsbewegung grausam unterdrückt.

Dank ihren finanziellen Möglichkeiten (Einkommen aus dem Erdöl) und ihrer engen Beziehung mit allen politischen Organisationen der kapitalistischen Welt hat die Savak ihre Aktivitäten auf sämtliche Länder ausgedehnt, in denen mehrere iranische Bürger wohnen. In sämtlichen europäischen Ländern besteht eine Savak-Sektion, welche die Aktivitäten der iranischen Oppositionellen, v.a. der Studenten, überwacht und kontrolliert.

Alle Aktionen der Savak in Europa werden jedoch von einem hohen Beamten dieser Organisation von Genf aus geleitet: Er heisst Parviz Khonsari und arbeitet auf dem iranischen Konsulat in Genf. Bei seiner Aufgabe hilft ihm der Savak-Verantwortliche für die Schweiz, ein Oberst der iranischen Armee, Ahmed Malek-Mahdavi.



Die Zusammenarbeit funktioniert gut

auf 50 000 beziffert werden, viele von ihnen mit diplomatischem Status im Ausland. Wie im Sommer 1976 durch eine mutige Aktion von iranischen Studenten in der Schweiz enthüllt wurde, befindet sich in Genf eines der grossen Hauptquartiere der Savak, und dies noch immer mit dem stillschweigenden Wissen unserer Regierung. Aber nicht nur der Bundesrat, auch die Schweizer Industrie macht sich zum Komplizen eines der strengsten und brutalsten Regimes der Welt: mit Waffenverkäufen von 115 Mio. Fr. steht Iran an zweiter Stelle in der Empfängerliste hinter der Bundesrepublik Deutschland (124 Mio. Fr.).

Führerkult und Einheitspartei

«Die Opposition Seiner Majestät, das bin ich selber», äussert sich der Schah

jedoch noch immer Gefängnis und Folter zur Folge hat. Trotzdem setzte sich die Bevölkerung mit Massendemonstrationen dagegen zur Wehr.

Hinzu kommen faschistische Massenorganisationen (vergleichbar mit Hitlerjugend oder der nationalsozialistischen Frauenschaft), die das gesamte Leben der Bürger mit einer Propaganda erfassen, welche auf Rassismus und dem Traum von einem Grosspersischen Reich basiert.

Die Herrschaft lässt sich unter solchen Bedingungen nur mit brutaler Gewalt ausüben. Das Regime führt seit je einen ermordungslosen Kampf gegen jegliche Opposition: Jeder Widerstand (z. B. Streiks) wird mit dem Einsatz von Polizei und Armee beantwortet, nach Angaben von Amnesty International ist Iran das Land mit den höchsten Hinrichtungszahlen der Welt. Die Internationale Juristenkommission stellt fest,

um Geständnisse zu erzwingen. Nicht einmal vor den Kindern Oppositioneller macht der faschistische Terror halt. So wurden nach offiziellen Angaben des Regimes unter anderem auch drei 9- bis 13jährige Kinder, welche man kurzweilig als «Terroristen» bezeichnete, bei Überfällen auf die Häuser von Oppositionellen erschossen.

Das Regime hat die Militärtribunale abgeschafft. Die diente lediglich dazu, die Todesurteile öffentlich zu bestätigen. Es handelte sich dabei um Scheinprozesse, bei denen der Angeklagte jeweils von Anfang an zum Tode verurteilt war, da nur Beweismaterial der Savak verwendet wurde. Um sich künftig die Proteste der Weltöffentlichkeit zu ersparen, erschesst nun das Regime die Oppositionellen in ihren Wohnhäusern oder foltert sie zu Tode, um sie dann als «gefallen» zu melden. Allein seit Anfang letzten Jahres meldete das

Initiative für die stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit Initiative pour la réduction progressive de la durée du travail

Die unterzeichneten stimmberechtigten Kantone Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen auf dem Wege der Volksentscheidung, dass Artikel 34^{ter} der Bundesverfassung wie folgt ergänzt wird:

I^{bis} Der Bund sorgt auf dem Wege der Gesetzgebung dafür, dass die Arbeitnehmer durch stufenweise Herabsetzung der Arbeitszeit am Fortschritt teilhaben.

II Übergangsbestimmungen:

- 1. Die wöchentliche Höchstarbeitszeit wird für Arbeitnehmer, auf die das Arbeitsgesetz oder die Chauffeurverordnung anwendbar ist, ein Jahr nach Annahme von Artikel 34^{ter} Absatz 1^{er}, um mindestens zwei Stunden herabgesetzt. Sie wird in der Folge jedes Jahr um mindestens eine Stunde verkürzt, bis sie 40 Stunden erreicht.

- 2. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit wird für Arbeitnehmer, auf die das Arbeitszeitgesetz oder das Bundesgesetz über das Dienstverhältnis der Bundesbesitzenden anwendbar ist, spätestens ein Jahr nach Annahme von Artikel 34^{ter} Absatz 1^{er}, um mindestens eine Stunde verkürzt. Sie wird in der Folge jedes Jahr um mindestens eine Stunde verkürzt, bis sie 40 Stunden erreicht.

- 3. Die Gesetzgebung bestimmt die Art und Weise, wie die Arbeitszeit jener Arbeitnehmer stufenweise herabgesetzt wird, auf welche Sonderbestimmungen (Artikel 27 des Arbeitsgesetzes) anwendbar sind.

Der deutsche Text ist massgebend.

Achtung: Unterschriftsberechtigt sind die stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer. Ausländerinnen dürfen nur Stimmrecht, die in der genannten Gemeinde Wohnsitz haben, unterzeichnen.

Es gilt Art. 2 des Initiativgesetzes vom 23. März 1962:

- 1) Der Bürger, der das Begehren stellen will, hat es eigenhändig zu unterzeichnen.
- 2) Wer eine andere Unterschrift als die seine besitzt, macht sich strafbar (Art. 282 des Strafgesetzbuches).

Politische Gemeinde Commune politique

Table with 5 columns: No, Name and Vorname, Geburtsdatum, Beruf, Wohnadresse. It contains a list of names and addresses for the initiative.

Das obige ... (Zahl) Unterzeichner in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte der Souveränität der Gemeinde ausüben, bescheinigt die Soussigné certifie que les ... (en chiffre) signataires sont aptes à voter en matière fédérale et exercent leurs droits politiques dans la commune.

Die zur Beglaubigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft).

Die folgenden Mitunterzeichner sind mit Zweidrittelmehrheit berechtigt, das Initiativbegehren zurückzuziehen.

- Erzo Canonica, Präsident SGB, Kirchstrasse 5a, 8953 Dietikon
- Hermann Witz, Vizepräsident SGB, Blumimattweg 23, 3600 Thun
- Dr. Richard Müller, Vizepräsident SGB, Waldriedstrasse 7, 3074 Muri
- Andre Ghelli, vice-président USS, Narissenweg 2, 3098 Koniz
- Werner Meier, Präsident FVSEV, Gumlienstrasse, 3112 Allmendingen
- Peter Kung, Präsident VHTL, Kleinblisli 54, 8045 Zürich
- François Portier, vice-président FOBB, Mont-Goulin 9, 1008 Prilly
- Rita Schärer, Präsidentin VFOD, Lammstrasse 27, 4051 Basel
- Fredy Homburger, secrétaire FSOHC, Fleurettes 24, 1007 Lausanne
- Gottfried Eichensberger, Präsident VBLA, Niederrämstrasse 74, 4657 Dulliken

Bitte diese Liste, teilweise oder ganz ausgefüllt, unbeglaubigt, senden an: SGB, Postfach 64, 3000 Bern 23, oder an die Verbandssektion. Cette liste, remplie entièrement ou en partie, doit être envoyée, non légalisée, à: USS, Case postale 64, 3000 Bern 23, ou remise à la section syndicale.

Les citoyennes et citoyens suisses soussignés, ayant le droit de vote, demandent, par la voie de l'initiative populaire, que l'article 34^{ter} de la Constitution fédérale soit complété comme il suit:

I^{bis} La Confédération législative en vue d'assurer aux travailleurs leur part aux fruits de progrès par la réduction échelonnée de la durée du travail.

II Dispositions transitoires:

- 1. Pour les travailleurs auxquels s'applique la loi sur le travail ou l'ordonnance concernant les chauffeurs, la durée maximum de la semaine de travail est réduite de deux heures au moins à l'expiration d'un délai d'une année de l'adoption de l'article 34^{ter}, alinéa 1^{er}. Ensuite, elle sera réduite chaque année d'une heure au moins jusqu'à ce qu'elle atteigne quarante heures.

- 2. Pour les travailleurs auxquels s'applique la loi sur la durée du travail ou la loi fédérale sur le statut des fonctionnaires, la durée moyenne de la semaine de travail est réduite d'une heure au moins à l'expiration d'un délai d'une année au plus tard de l'adoption de l'article 34^{ter}, alinéa 1^{er}. Ensuite, elle sera réduite chaque année d'une heure au moins jusqu'à ce qu'elle atteigne 40 heures.

- 3. Pour les travailleurs qui font l'objet de dispositions spéciales (article 27 de la loi sur le travail), la législation déterminera comment la durée du travail sera réduite progressivement.

Le texte allemand est déterminant.

Attention: Seuls sont autorisés à signer la présente liste les citoyennes et les citoyens suisses qui ont le droit de vote et sont domiciliés dans la commune mentionnée.

L'article 2 de la loi sur les initiatives populaires est applicable:

- 1) Le citoyen qui entend appuyer l'initiative doit la signer personnellement.
- 2) Celui qui appose une signature autre que la sienne est punissable (art. 282 du Code pénal).

Regime mit der stets gleichen Formulierung: «Am ... wurden bei einer Auseinandersetzung mit der Polizei ... Terroristen erschossen» die Ermordung von mehr als 100 Widerstandskämpfern, worunter sich etwa 20 Frauen und 3 Kinder befanden.

Aufgrund der Veränderung des § 310 des Strafgesetzes wird jeder, der eine kollektivistische Vereinigung oder eine Vereinigung gegen die konstitutionelle Monarchie im Inland oder Ausland gründet, unter welcher Form oder Bezeichnung auch immer, zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, Aufhebung gegen die innere und äussere Sicherheit des Landes durch Reden oder Flugblätter, vorausgesetzt, sie sind wirkungsvoll, wird mit lebenslangem Zuchthaus bestraft. Ergeben sich dabei Todesfälle, dann steht darauf Hinrichtung. Wirkungslose Agitation wird mit zwei bis zehn Jahren Zuchthaus vergolten. Straffreiheit geniessen aber alle Personen, die sich vor ihrer Verhaftung zur Zusammenarbeit mit der Behörde bereit erklärt haben.

Die Gnade des Herrschers

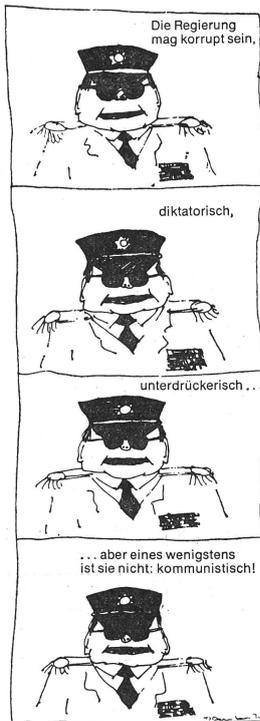
Anlässlich seines Geburtstages tut der Schah jeweils Gutes: er begnadigt einige politische Häftlinge, meist unter dem Druck ausländischer Organisationen. So auch im Fall Masoud Radjavis, der wegen Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation eine in lebenslange Haft umgewandelte Todesstrafe verbüsst. Die Freilassung kann jedoch nicht vorstatten gehen, ohne dass die Familienangehörigen Radjavis die Verantwortung für dessen makelloses politisches Verhalten in Zukunft übernehmen; der Bruder Radjavis, Kazem, sollte folgenden Brief unterzeichnen:

«Zuerst verbeuge ich mich ehrerbietig vor Seiner Heiligen Majestät, meinem gekrönten Vater, König der Könige, Sohn der Arier, um Ihm meinen unendlichen Dank zu sagen für Seine Dienste an der Heimat und am iranischen Volk. Ich schäme mich des Verhaltens und der unwissenden Haltung meines Bruders Masoud, die ich missbillige.

Gleichzeitig verpflichte ich mich mit diesem Schreiben, die Verantwortung für sein künftiges Handeln zu übernehmen, falls der Genannte (Bruder Masoud, die Red.) dank dem königlichen Wohlwollen wie Hunderte von anderen von der kaiserlichen Gnade profitiert und seine Freiheit wiederfindet. Mein Hab und Gut sowie mein Leben sind die Hypothek dieser Garantie. Wenn der Genannte, nachdem er freigelassen worden ist, das mindeste Vergehen gegen die Behörden begeht, verpflichte ich mich, ihn und mich selber den Strafbestimmungen auszuliefern, damit sie gegen den Genannten und mich sowie gegen mein Hab und Gut die Massnahmen ergreifen können, die sie für richtig halten.»

Trotzdem erstarkende Opposition

Der Bruder Radjavis hat sich gewiegt, auf diese Erpressung einzugehen,



denn das iranische Volk wehrt sich heute stärker gegen seine Unterdrücker. Das war nicht immer so. Nach dem Juli 1962, als mehr als 10 000 Menschen in den Strassen der Städte erschossen wurden, breitete die lähmende Ruhe des Entsetzens und der Angst über das ganze Land sich aus. Das Regime erschien allgegenwärtig und allmächtig; und kein Karst schien dagegen gewachsen zu sein. Diese Lage änderte sich, als im Februar 1971 in Siakh (im Norden Irans) eine Gruppe von Widerstandskämpfern dem iranischen Volk mit bewaffneten Angriffen auf Institutionen des Regimes zeigte, dass das Regime verwundbar und bestegar ist. Eine Welle der Hoffnung rollte über das Land. Trotz des Einsatzes der Armee kam es wieder zu Demonstrationen und Streiks. Gelegentlich wurde das Regime von den Massen sogar zum Nachgeben gezwungen. Diese kleineren Erfolge bestärkten das Volk in seiner neuen Hoffnung.

Zeugen oder Zahlen!

Alle, welche sich nur zum Spass vereinigen, seien aufgerufen! Alle, welche eine Zeugung oder eine weitere Zeugung nicht verantworten können, seien zur Kasse gebeten! Welche Frau hat noch nie auf ihre Periode gewartet? Wissen Sie, dass auch bei gutem Schutz eine Schwangerschaft entstehen kann? Unerwünscht schwangere Frauen dürfen nicht länger geplagt und ausgebeutet werden! Zur Fertigung unseres Abbruch-Films «Wann Not am Mann ist» bis Mitte Juni brauchen wir dringend Geld!

Spenden an: Filmkollektiv Zürich AG Schwangerschaftsabbruch Postcheckkonto: 80-885

Israel - Kibbuz-Einsätze

Vom 14. 5. bis 18. 6. 1977 11. 6. bis 16. 7. 1977 9. 7. bis 13. 8. 1977

können Sie mit uns nach Israel reisen. Etwa 4 Wochen Arbeit in einem Kibbuz und 9 Tage Rundreise quer durch Israel ermöglichen Ihnen, Land und Leute richtig kennenzulernen. Preis: nur 1400 Fr. Ausführliche Auskünfte und Prospekte bei: JK-Reisen, Zeltweg 9, 8032 Zürich, Telefon (01) 47 19 57.

sektor erziehung

Die kritische Zeitschrift über das schweizerische Erziehungswesen, herausgegeben von der Gewerkschaft Erziehung

aus dem Redaktionsprogramm 1977 Fremdsprachen (Jahres): Bildungsplan (Februar); Bildungswesen in der DDR; Universität; ist der Nummer Clausius eine Lösung? Abstraktion im Unterricht; Reformdiskussion in der Schweizer Schulgeschichte; ästhetische Erziehung, usw.

Probenummer und GE Schweiz Jahresabo (10 Nummern / 15 Franken) Landskronen. 34 4056 Basel zu bestellen bei:

Reisen abseits vom Massentourismus

Dem Duft fremder Länder folgen

Die Reisezeit ist im Kommen. Die Regenländer träumen von Sonne, Meer und Strand, und die farbigen Prospekte des Reisebüros, wo die Reise schon lange gebucht ist, hilft ein bisschen beim Träumen. Ob's Tunesien, Griechenland, Italien oder Spanien ist, spielt kaum eine Rolle: Der standardisierte Tourismus hat dazu geführt, dass sich die allethalben aus dem Boden gestampften Ferienorte zum Verwechseln ähnlich sind. Viele wollen da nicht mehr mitmachen und suchen einen echten Kontakt mit dem fremden Land und seinen Bewohnern. Neben den traditionellen Ferienländern des Südens hat nun auch Portugal seine Grenzen für einen unkonventionellen Tourismus geöffnet: Portugal, das eine «Revolution» hinter sich hat, verspricht neue Erfahrungen.

Noch keiner hat ein fremdes Land aus dem Grosshotel («al mare») wirklich kennen gelernt. Dazu muss man hinter die folkloristischen Klischees schauen und da die Eigenheiten und auch Widersprüche suchen. Vielfach nützt ein Abschwenken von den empfohlenen Reiserouten Richtung «Hinterland», das vom Jet-Tourismus nicht genutzt wird. Man verzichtet gern auf das doppelt gefederte Luxusbett für ein Plätzchen im Bauernhaus oder im Heustock: man lernt dabei die Leute kennen.

Einnahmen werden verteilt

Wer ein Land kreuz und quer bereist, wer mal hier im Spezerielanden der tausend Düfte einkauft und mal da in einer kleinen Pension schläft, macht nicht nur

neue Erfahrungen, er verteilt auch seine für viele Reiseländer wichtigen Devisen besser über das Land. Es fliesst so nicht in die Hände der grossen Hotel- und Restaurantketten, die oft noch in ausländischem Besitz sind, sondern in die lokale Wirtschaft, wo es auch wirklich nützen kann.

Zum Beispiel Portugal

Portugal, welches vor drei Jahren das faschistische Salazar-Caetano-Regime entmachtet hat, sucht heute auch jenen Tourismus, welcher nicht Horden in Ferienghettos verschleppt, sondern Leute mit anderer Geschichte und Kultur ins Land bringt. 50 Jahre faschistischer Herrschaft haben dem Land den Kontakt mit der ausländischen Bevölkerung verbaut: Portugal weist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell die Merkmale eines Entwicklungslandes auf. So lag beispielsweise die Analphabetenquote 1973 noch bei 25% (der über 10jährigen). Der obligatorische Schulunterricht dauerte bis 1972 4 Jahre, seit 6. Die soziale Bewegung, welche seit dem 25. April 1974 einsetzte, hat denn auch neben wirtschaftlicher Veränderung die «kulturelle Dynamisierung» auf ihr Banner geschrieben.

Tourismus wichtige Einnahmequelle

Der traditionelle Tourismus war vor der Entmachtung der Faschisten eine wichtige Einnahmequelle Portugals. Seither versiegte die Ströme, nicht zuletzt wegen der Greuelberichterstattung in der westlichen Presse. Erschwerend kommt noch die Tatsache hinzu, dass viele portugiesische Fremderbeitnehmer (1,5 Mio.) wieder in ihr Land zurückkehren;

aber auch die Rückkehr aus den ehemaligen Kolonien (Moçambique, Angola, Guinea-Bissau u. a.) drücken die ohnehin schon schwer beladene Wirtschaft (Inflation 1976: 17%, Arbeitslosigkeit 1976: etwa 12%, das sind 400 000 Arbeiter).



Widersprüche erleben

Bei einem Budgetdefizit 1977 von 10,3% des Bruttosozialproduktes (48 Milliarden Fr.) ist es klar, dass der Tourismus vom Staat gefördert wird, und der Massentourismus verspricht natürlich die grössten Einnahmen. Aber im Zuge der sozialen Entfaltung des Landes wird auch dem Kulturaustausch grosse Bedeutung beigegeben. Die Administration ist bestrebt, den - jungen und ewig jungen - Touristen die Wege zu den Vielfältigkeiten Portugals zu eben.

Die Bevölkerung Portugals wurde durch die Entwicklung der letzten drei Jahre enorm aktiviert. Überall, wo Leute zusammenkommen, wird diskutiert, wird gestritten. Dabei erfährt man, dass das Land mit der Verstaatlichung von Banken und Versicherungen, mit der Bildung von landwirtschaftlichen Kooperativen, mit Häuser- und Landbe-

setzungen, mit Selbstverwaltung von Betrieben die sozialen Widersprüche offen auszuleben begonnen hat.

Zum Beispiel das Nord-Süd-Problem: im Landesteil südlich von Lissabon wurde zuerst die Landreform spontan verwirklicht. Grosse Teile der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter ohne Land- oder Maschinenbesitz verjagten die Grundbesitzer und schlossen sich in Kooperativen zusammen. Im Norden dagegen, wo vor allem kleine Grundbesitzer wirtschaften, gelang die Vereini-

Informationen

Neben den Informationen über die geographische Struktur des Landes, welche beim staatlichen Reisebüro erhältlich sind, gibt es sehr viele Literatur über die politische und soziale Entwicklung Portugals. Ein Blick in eine fortschrittliche Buchhandlung lohnt sich. Für die Entwicklung nach 1974 ist das Buch «Portugal. Dokumente, Materialien» der Verlagsvereinigung Zeitdienst zu empfehlen. Postfach 195, 8025 Zürich.

Das portugiesische Staatssekretariat für soziale Kommunikation gibt gratis ein Monatsmagazin «Portugal information» in Portugiesisch, Spanisch und Französisch heraus. Zu beziehen beim staatlichen Reisebüro.

nenen Reformen rückgängig gemacht oder aber stark abgeschwächt, so die Häuserbesetzungen und die Landreform (die zur Debatte stehende Frage ist heute die nach der Mindestgröße für eine Kooperative).

Ein Land, welches so tiefgreifende Veränderungen begonnen hat, unterscheidet sich stark von den gefestigten Ländern Mittel- und Nordeuropas. Das spürt auch der Tourist im Kontakt mit der Bevölkerung. Er spürt es nicht, wenn er zwischen Hotelzimmer und Strand hin und her pendelt, ja da will man es ihn nicht spüren lassen. Er muss diese Veränderungen aus den Ausserungen der Leute herauslesen, er muss die Unterschiede der Regionen und in den Regionen erkennen.

Nach einer solchen Reise wird man vielleicht etwas müder heimkehren als nach einer gewöhnlichen; aber man wird dafür auch nicht bloss wissen, dass in Portugal «grüner Wein» getrunken und Stöckfisch auf hunderlei Arten gegessen wird, dass die Portugiesen Fado singen und die Fischer Tanztheater auführen: man wird ein anderes Land kennen gelernt haben und sein eigenes im Gegensatz dazu auch. Ralf Reiser

Neue Schweizer LP-Produktionen

In den letzten paar Monaten sind zwei LP auf dem Schweizer Plattenmarkt erschienen, die alle internationalen Format aufweisen, sowohl von der musikalischen als auch von der Aufnahme- und Produktionsqualität her. Nur ist internationales Format bekanntlich nicht unbedingt mit hohem künstlerischem Niveau gleichzusetzen, und hier gilt es denn auch einiges an Kritik anzubringen. Vorauszuschicken ist, dass es sich alle zwei LP anhören lohnt. Sie bereiten einem Freude und fordern zu kritischer Auseinandersetzung heraus.

Walter Lietha: «dia fahrenda»

Mit Mani Matter und Ernst Born gehört Walter Lietha zu den wichtigsten Schweizer Chansoniers. Er ist ein ganz auszeichneter Gitarrist, besitzt eine warme Stimme, die unverfälschtes Pathos zum Tragen bringen kann, und verfügt über ein echtes kompositorisches Talent mit Gespür für eingängige Melodien, die aber nicht banal sind. Walti singt seine Lieder in Churer Dialekt und ist bereits auf dem besten Weg, Toni Vescoli als beliebtesten Mundart-Liedersänger abzulösen, z. B. mit dem Titel «bim vren», der sich auf der vorliegenden LP findet.

Waltis Lieder werden also von breiten Bevölkerungsschichten gehört. Anders als die englischsprachigen Produktionen, deren Texte für Schweizer meist zweitrangige Bedeutung haben, wirken seine Lieder auch über die textlichen Inhalte. Grund genug, sich etwas mit diesen Texten auseinanderzusetzen.

«i khöra die viela süßer, und i fühl mit dena ganz verbunda» - Walter leidet also an der Welt und all den Zuständen, denen er auf Schritt und Tritt begegnet. Seine Lieder sind eher traurig, «abschleppend», kein Wunder, denn die meisten Leute anspricht, die wie er mit dem «Weltschmerz» unserer Zeit nur schlecht zu Rande kommen. Vieles wird in seinen Texten richtig erkannt, trüf formuliert und aufgezeigt und dazu noch gut in Musik umgesetzt. Nur, und hier setzt die Kritik ein, nachdem er sich im Hörer Emotionen in Bewegung gesetzt hat, ihn ansprechbar gemacht hat, hört es bei Walti dann auch schon wieder auf. Er gleitet ab in schummrige Mystik, teigige Innerlichkeit, schiere Resignation und unrealistisches Wunschdenken. Dazu je ein Beispiel:

«dia fahrende», ein Lied, in dem die Welt der Zigeuner und Gaukler gekannt beschworen wird, heisst es dann unvermittelt: «dia lüt, dia kömnen us dem dunkla, vo wo ma khöra dia toia munkla (...) und wo ma träum dri kann go tün-kin» usw. In «dia freia» beschreibt er, wie er kaputtgemacht wird, und was ist seine Antwort darauf? wenn etna wien i gang us sinem härz tüf ussa singt, denn bruchts dot unna a fiür, wo endlos witerbrennt... In «challe 53», eine ausgezeichnete Beschreibung einer Demonstration wegen Entlassungen inklusive aufführender Polizei mit Armeunterstützung, bleibt am Schluss nur Resignation. Nachdem der Platz geräumt worden ist, flamen von neuem die «bourgeois-kinder»: die Demonstranten gehen nach Hause, bringen ihre Kinder ins Bett und kochen ihren Brei, den sie im geheimen noch mit ein paar Bomben mischen dürfen. Der Umschlag von der Wut (über

die abgemurkte Demonstration) zum Mut (zum Weiterkämpfen) findet nicht statt.

Oder «der bruno», der im Knast hockt, formal nach dem Gesetz verurteilt, von Richtern, die unfähig sind, menschliche Kriterien gelten zu lassen.

Hier erkennt Lietha zu recht «mit der praxis vo der justiz stohts zimli schlimm», und was weiss er darauf zu erwidern? «liebi, liebi lüt vo der polizei, hoffentli löhner bald der bruno frei.» Nicht dass ich Walti zu einem Polit-sänger umfunktioniert haben möchte, Gott bewahre. Aber er sollte seine Poesie zu Ende führen. Gute Poesie braucht keinen politischen Anstrich, sie ist schon immer politisch.

Das vielleicht beste Lied der LP ist «renna tüens», nicht zuletzt wegen des herrlich aufspielenden Teufelsgeigers Lux Metha. CH-record CHL 4314

Max Lässer «Songs»

Auf seiner LP wird Walti Lietha von Max Lässer und der «im Bode Band» begleitet. Die gleichen Musiker und noch ein paar dazu (im ganzen etwa fünfzehn) finden wir auch auf Max Lässers erster LP. Die «im Bode Band» setzt sich aus Musikern zusammen, die aus ganz verschiedenen Stilrichtungen stammen, vom Folk über Rock und Pop zum Jazz. So steuern Philippe Kienholz (Keyboards), Fernando Vicenzo (Altsax und Piccolo), Mario Feurer (Fiddle), Christoph Marthaler (Blockflöte), Anton Bruhin (Mundharmonika), Bruno Spoerli (Sopranino), Rudi Füsers (Posaune) und Andreas Vollenweider (Altflöte) durchwegs ausgezeichnete Solopassagen bei.

Amüsant ist es ähnliches wie von Walti LP zu berichten. Auch Max ist ein ausgezeichnete Instrumentalist, der seine Gitarren souverän beherrscht. Als Komponist recht ideenreich, als Texter eher unglücklich, was nicht so schwer ins Gewicht fällt, da alle Songs in Englisch geschrieben sind. Sie handeln von vergangenen Zeiten (68?), Jugenderinnerungen und Frauen, die einmal waren. Löbliche Ausnahme und bester Titel der LP: «Easy Street?». Für Folkreime gedacht sind drei «schampar» schöne Instrumentalstücke. Max hat vier Jahre zugewartet mit seiner ersten LP. Und dementsprechend gut - trotz den oben gemachten Einwänden - ist auch das Resultat herausgekommen.

IMAG 760-007 P. S. Schweizer Produktionen sind wegen ihrer beschränkten Absatzkraft für ein paar Franken teuer. Konzerne belasten ihre internationalen Produktionen intern mit rund 2.50 Fr. Selbstkostenpreis je LP. Hier in der Schweiz muss man mit mindestens drei- bis fünfmal soviel kalkulieren...



Einem Riesenerfolg erzielte die Feministin Alice Schwarzer mit ihrem Monatsmagazin «Emma» auch in der Schweiz. Rund 300 000 Exemplare der ersten Ausgabe wurden innerhalb weniger Tage verkauft. Der Erfolg lockte auch andere als die Leserinnen an: Jetzt will der Münchner Riesenerfolgsautor Burda ein Magazin für Frauen auf den Markt bringen, die sich nicht mit Mode, Kosmetik und Essen einfüllen lassen. Auch mit der Emanzipation lassen sich Geschäfte machen...

Large advertisement for Portugal featuring a cartoon illustration of a man with a suitcase and a speech bubble saying 'PORTUGAL ERLEBEN'. Below the illustration is a form titled 'Entdecken Sie Portugal.' with fields for Name, Vorname, Alter, Beruf, Adresse, and Postleitzahl. The form also includes a request for a free brochure and a return address: Portugiesisches Verkehrsbüro Portugal, 35, rue de Rhône - 1204 Genf.

Die Übergangsordnung zur obligatorischen Arbeitslosenversicherung:

Was tun als Arbeitsloser?

Nachdem am 13. Juni 1976 der Verfassungsartikel, der die Arbeitslosenversicherung für alle Arbeitnehmer obligatorisch erklärt, vom Volk verabschiedet wurde, sind nun auf den 1. April die Übergangsordnung (Bundesbeschluss vom 8. Oktober 1976) und die dazugehörige Verordnung nach abgelaufener Referendumsfrist

in Kraft gesetzt worden. Diese Übergangsordnung wird voraussichtlich eine Geltungsdauer von nur fünf Jahren besitzen, um dann von der eigentlichen Gesetzgebung abgelöst zu werden. Für die Studenten und angehenden Akademiker stellt sich vordringlich die Frage, welche Leistungen denn ihnen diese Neuordnung bringt.

Jeder Arbeitnehmer ist obligatorisch gegen Arbeitslosigkeit versichert. Dies ist der wichtigste Teil der Revision.

Der Zahlungsmodus für die Versicherungsprämien hat sich dahingehend geändert, dass nun die Beiträge automatisch vom Lohn abgezogen werden, gleichzeitig mit den AHV/IV/EO-Beiträgen. Der Abzug beträgt 0,8 Prozent des AHV-pflichtigen Lohnes und wird paritätisch von Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen, erfolgt aber höchstens bis zu einem Einkommen von 3900 Franken, was einem Höchstbeitrag von 16.50 Fr. monatlich für den Arbeitnehmer entspricht. Die Beiträge werden einem zentralen Ausgleichsfonds zugeführt, der bei einer geschätzten jährlichen Lohnsumme von 70 Mrd. Franken künftig über rund 560 Mio. Franken pro Jahr verfügen sollte, was für die Unterstützung doppelt so vieler Arbeitsloser ausreichen würde, als im Jahr 1975 zu verzeichnen waren. Sollte dies nicht genügen, so besitzt der Bundesrat die Kompetenz, die Beiträge auf 1,2 Prozent zu erhöhen oder, bei Übersteigen des Ausgleichsfonds um eine Milliarde Franken, die Ansätze zu senken.

Der Arbeitnehmer ist nicht mehr eigentliches Mitglied einer Kasse, sondern wählt eine solche erst im Augenblick eines Anspruchs auf Arbeitslosengeld, wobei das Prinzip der freien Wahl gilt. Damit erhalten die Arbeitslosenkassen selber auf dem Hintergrund des Ausgleichsfonds die eigentliche Funktion von Auszahlern.

Das Tagelohn beträgt bis zu einem Einkommen von 3900 Franken bei Ledigen ohne Unterhaltspflichten 65 Prozent des Einkommens, bei Personen mit Unterhaltspflichten zwischen 70 und 85 Prozent. Normalerweise können pro

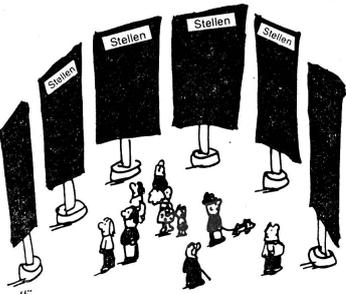
Versicherten für die Dauer von 1 bis 48 Tagen in der Anspruchsberechtigung auf Arbeitslosengeld ein.

Arbeitslose melden sich zuerst auf dem lokalen Arbeitsamt, wo sie sich der Arbeitsvermittlung zur Verfügung zu stellen haben und wo sie auch Auskunft über die zur Verfügung stehenden Kurse erhalten können. Das Arbeitsamt registriert ihre Arbeitslosigkeit, bestätigt

keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen sind und die ohne Beitragszahlung ebenso versichert sind.

Zwei kleine Neuerungen

Für arbeitslose Studenten und Akademiker sind im weitem noch folgende allgemeine Bestimmungen von Wichtigkeit:



«Und mir haben sie gesagt, die Zukunft für Akademiker sehe nicht schwarz aus...»

der vom Arbeitslosen gewählten Kasse dessen Bezugsberechtigung und ändert ihm die notwendigen Formulare aus.

Arbeitslosigkeit mit dem Eintritt ins Erwerbsleben

Grundsätzlich gilt, dass Anspruch auf Arbeitslosengeld dann besteht, wenn die Hochschule verlässt und arbeitslos wird (gilt für Schweizer Studenten, Ausländerstudenten mit Asylstatus oder Niederlassungsbewilligung), sei dies infolge definitiven Studienabbruchs oder ordentlichen Studienabschlusses, und sich uneingeschränkt der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stellt, d. h. sich verpflichtet, eine zumutbare Arbeit zu übernehmen. Als «zumutbar» gilt eine Arbeit, bei der die Entlohnung den Betrag der Arbeitslosengeldentschädigung nicht unterschreitet, den Fähigkeiten und dem Gesundheitszustand des Versicherten angepasst ist und seine zu künftige berufliche Tätigkeit nicht wesentlich erschwert.

Im Gegensatz zu andern Versicherten haben also neu ins Erwerbsleben Eintretende keinen Nachweis einer vorhergehenden betriebspflichtigen Beschäftigung zu erbringen, sondern lediglich den höchsten für die Dauer eines Jahres nach Abschluss oder Abbruch ihrer Ausbildung befreit, während deren sie für maximal 150 Tage im Kalenderjahr bezugsberechtigt sind. Bis zur erstmaligen Auszahlung des Tagelohnes gilt eine Karenzfrist von 25 Tagen.

Das Tagelohn bemisst sich für die Akademiker mit Studienabschluss nach dem Lohn, den sie üblicherweise ihrer Ausbildung gemäss erhalten, höchstens aber nach einem Tagesverdienst von 80 Franken, bei Personen, die keine abgeschlossene Ausbildung besitzen, nach Grund eines Tagesverdienstes von 40 Franken.

Diskriminierte Werkstudenten

Bedaauerlicherweise sind die Werkstudenten entgegen einem Vorstoss des Verbandes der schweizerischen Studentenschaften nicht als separate Versichertengruppe in die Übergangsordnung eingegangen, sie unterliegen deshalb nach wie vor den Bestimmungen für Teilzeitarbeiter.

Das Erfordernis der ausreichenden betriebspflichtigen Beschäftigung gilt für sie als erfüllt, wenn sie in den 365 Tagen, die dem Beginn der Arbeitslosigkeit vorausgegangen sind, während mindestens 26 Wochen eine regelmäßige betriebspflichtige Beschäftigung von mindestens 15 Stunden wöchentlich als Arbeitnehmer ausgeübt haben. Als nicht vermittlungsfähig und damit als nicht bezugsberechtigt gelten sie auch dann, wenn sie nicht bereit oder in der Lage sind, mindestens eine Halbtagsstelle anzunehmen. Das Tagelohn bemisst sich entsprechend ihrem Verdienst nach den üblichen Ansätzen.

Dabei besteht für einen arbeitslosen Werkstudenten praktisch keine Chance, jemals in den Genuss einer Arbeitslosengeldentschädigung zu gelangen, denn, vorausgesetzt, sie vernachlässigen ihr Studium nicht im Übermass, werden wohl die wenigsten einer regelmäßigen Arbeit mit 15 Wochenstunden nachgehen können (bei vielen konzentriert sich eine solche Beschäftigung ohnehin auf die Semesterferien) oder müssen als nicht vermittlungsfähig gelten, dies obwohl auch ihnen die 0,4 Prozent vom Bruttolohn abgezogen werden.

Für die Werkstudenten gilt bei Studienabbruch oder Studienabschluss die gleiche Regelung wie für diejenigen Studenten, die während ihrer Studienzeit

- Neu werden als beitragspflichtige Beschäftigung ebenfalls Militär- und Zivilschutzdienst wie auch Absenzen infolge Unfalls, Krankheit oder Mutterschaft angerechnet.
• Hat der Versicherte zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit von sich aus oder auf Weisung des Arbeitsamtes eine Arbeit angenommen, die eine Verminderung seines Verdienstes zur Folge hat, so kann von diesem Zeitpunkt hinweg während längstens zwei Jahren mit Zustimmung der zuständigen kantonalen Amtstelle der Bemessung des Tagelohnes der vorher erzielte Verdienst zugrunde gelegt werden. Urs Hänsenberger/USJ

Eine Parteien- und Föderalismus-Lektion im Stöckli

So richtig froh will niemand mit dem Hochschulförderungs- und -forschungsgesetz (HFFG) werden, das die kleine Kammer als erster Rat in der Mai-Sonderversammlung behandelt hat. Bildungsnahmen, die Geld kosten, sind nicht populär im bürgerlichen Lager. (Und das HFFG, das denjenigen Hochschul-kantonen zusätzlich Mittel verspricht, die helfen, Zulassungsbeschränkungen zu umgehen, kostet den Bund Geld.) Ungeleibt ist das HFFG auch bei der progressiven Kapital-Lobby in Sachen höhere Bildung, der Gesellschaft für Hochschule und Forschung, und beim Dachverband der Schweizer Studierenden, dem VSS: Beide kritisieren Bundesrat Hürlimanns Fahrplan, nach dem der Bund erst einmal zahlt und dann, später einmal, versucht, über einen neuen Bildungsartikel auch bildungspolitische Kompetenzen zu bekommen.

Die konservativere Kammer im Stöckli ist oft genug ein «Tendenz-Setzer». So wohl auch bei der Beratung des HFFG:

- Den Nicht-Hochschulkantonen sitzt die Angst in den Knochen, dass sie ihren Mittelschülern nun wirklich sagen müssen: «Zur weiteren Ausbildung ist für viele von euch kein Platz an den Universitäten. Der freundeigenössische Föderalismus hat versagt, ihr werdet diskriminiert, weil unser Kanton keine Hochschule hat.» Dass die «Uni-Habenichtes» das begriffen haben, ist nicht zuletzt das doppelgesichtige Verdienst des Zürcher NC-Gilgen, das mit seinen NC-Vorbereitungen (vorverlegte Matur, keine Nicht-Diskriminierungszusage) demonstriert hat, zu was allem er entschlossen ist.
• Diese Angst aber hebt Sonderinteressenvertretung und Parteienstricken nicht auf: Während Hürlimanns CVP und die SP geschlossen für das HFFG eintreten, machen die Bauern und mittelständischen SVP-Bürger aus Furcht, mit ihren eigenen Anliegen beim Bundes-Finanzkuchen zu kurz zu kommen, Bedenken geltend. Das gleiche gilt für den traditionalistisch-konservativ ausgerichteten mittelständischen Freisinn-Flügel. Die Enthaltungen stammten denn auch von FDP- und SVP-Standesherrn.
• Den 28 Ja-ständen drei Neinstimmen gegenüber. Und an diesem Punkt später sensus tauchen Fragen auf, die über die

drei in gewissem Sinn symptomatischen Neinsager hinausreichen: Dass es zwei Freisinnige waren, die dem HFFG ihren Segen nicht gaben, überrascht nicht mehr. Dass aber der eine, Jaustin, aus Basel-Land kommt, dem Kanton also, der durch sein Sonderregime mit Basel-Stadt das Nicht-Diskriminierungsabkommen im NC-Fall zum Scheitern gebracht hat, und der andere, Urech, den Aargau vertritt, den Stand, der als grösster Nicht-Hochschulkanton am meisten von den Universitätsaufwendungen anderer profitiert, markiert die eidgenössisch-föderalistische Egoismus-Misere deutlich.

• Der dritte Nein-Stimmer, Heimann, sitzt im Stöckli für Zürich, den Kanton mit der grössten Hochschule, mit der aktuell am meisten vom NC bedrohten Universität, dem Stand, der mit NC-Drohungen gerade mehr Geld herausholen will. Mit den altbekannten Schlagwörtern von einer drohenden Proletarisierung des Studiums, die Absolventen keine studien-gerechten Arbeitsplätze finden lasse, und der Behauptung, es brauche nur vorübergehende Notmassnahmen, begründet Heimann seine Ansicht, eigentlich müsste man die Vorlage an den Bundesrat zurückweisen.

Stutzen lässt dabei vor allem eines: Heimann gehört derselben Partei an wie Zürch's Erziehungschef Gilgen, dem Landesring. Ist dies also Zürch's (LDU-) Bildungskonzept: Wir haben genug Platz für unser eigenes Studienwilligen, die anderen sollen sehen, wo sie bleiben. Meine Gilgen das, als er vor dem Kantonsrat kein Nicht-Diskriminierungsversprechen abgeben wollte?

Oder wurde hier wieder einmal ein LDU-Versuch, sich um jeden Preis als Opposition zu den Bundesratsparteien zu profilieren, gemacht?

Gewiss: Ständeräte sind nicht mandatiert. Sie können ihre Privatmeinungen vertreten. Aber ist es denkbar, dass Heimann ohne Kontakt zu Parteifreund Gilgen, das Urech und Jaustin ohne Blick auf die Bildungssituation ihrer Kantone im Rahmen der Eidgenossenschaft ihre Stimme abgeben? Fatal, fatal und verfahren - wie die Lage in der bildungspolitisch überheut. Für die HFFG-Beratungen im Nationalrat kann man sich nach diesen Vorzeichen in der kleinen Kammer auf einiges gefasst machen. B. Dietrich

Die Hochschule Luzern als Mittel im Kampf gegen die Verschlechterung der Bildungschancen

Die Bevölkerung aktiv informieren

Mehr Kinder, mehr Schüler, desto mehr Berufsstellen, Maturanden und Studienplätze. Es fehlen bis 1980/81 etwa 30 000 bis 35 000 zusätzliche Lehrstellen; bis 1985 12 000 bis 20 000 neue Studienplätze, obwohl der Anteil der Maturanden an der 18jährigen Bevölkerung nur unwesentlich, nämlich von 8,7% auf 9,8% ansteigen wird; 5000 bis 10 000 zusätzliche Arbeitsplätze bis 1985 pro Jahr, wenn es zu einer vollen Absorption der jungen Erwerbstätigen kommen soll.

Zulassungsbeschränkungen wie etwa der Numerus clausus auf Hochschulstufe bringen keine verantwortbare Lösung. Die Probleme werden dadurch nur auf eine andere Ebene abgeschoben. Die Neugründung einer Hochschule (nebst der Kapazitätserhöhung durch rationalen Einsatz der vorhandenen Mittel) wird von der Schweiz, Hochschulkonferenz (SHK) und dem Schweiz. Wissenschaftsrat (SWR) begrüsst. Als Standort kommt für diese beiden Instanzen aus staats- und regionalpolitischen Überlegungen nur der Raum Zentralschweiz in Frage, wo seit mehreren Jahren Bestrebungen im Gang sind, ja 1975 bereits ein Abstimmungsreferendum vorlag, das dann wegen der misslichen finanziellen Lage des Bundes und der betroffenen Kantone zurückgezogen wurde.

Für den Standort Zentralschweiz spricht sodann auch, dass die Zunahme der Maturanden dort überdurchschnittlich hoch ist, nämlich 61% (im Landesdurchschnitt beträgt die Zunahme im Intervall 1976-83 etwa 35%).

Die Planungsarbeiten in Luzern laufen seit letzten Herbst auf Hochtour, nachdem die SHK und der SWR Stellung bezogen, wonach das vorhandene Zentralschweizer Hochschulprojekt («Projekt 73») zu erweitern sei in Richtung auf ein «Normalniveau» von rund 3000 Studienplätzen mit breitem Fächerangebot (ohne Medizin und technische Wissenschaften) und ab 1980 bezugsbereit sein solle.

Koordiniertes Vorgehen der Studentenschaften

Vom VSS kam im Januar dieses Jahres der Anstoss, für die geplante Zentralschweizer Hochschule Luzern eine Unterstufungskampagne zu starten. An der Bildungsministerkonferenz (31. 1. 77) in Genéve beschloss ein Vertreter der Studentenschaften der Universitäten und Hochschulen, der Technika und Mittelschulen koordiniert vorzugehen.

Auf Vorschlag des Hochschulkomitees der Zentralschweizer Jugend (HKZJ) einigten sich in mehreren Jahren durch Delegierte an den Vorbereitungsarbeiten einer HS-Luzern betei-

ligt ist und Öffentlichkeitsarbeit betreibt v.a. unter Studenten, Mittelschülern und Lehrenden, wurden drei Arbeitsgruppen in Luzern organisiert. Zweck dieser Tagungen war es in erster Linie, sich durch kompetente Sachbearbeiter über Details des Ist-Zustandes der Planungsarbeiten einer HS-Luzern zu informieren, mit der Absicht einerseits den Studierenden nicht einen inhaltlichen Beitrag zur Überarbeitung des Projekts 73 zu leisten, andererseits die Voraussetzungen zur Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen.

An der letzten Tagung einigten sich die Studentenschaftsvertreter, die zukünftigen Tätigkeiten unter dem Namen «Hochschulkomitee der Zentralschweizer Jugend» (HKZJ) auszuführen. Da an den Arbeitstagen grundsätzliche Bedenken im Zusammenhang mit dem jetzigen Planungsverlauf in Luzern aufkamen, gründete man zu den verschiedenen Problemkreisen Arbeitsgruppen. Um mehr Leute zur Mitarbeit zu gewinnen, wurden Informationsabende an verschiedenen Orten des Kantons Luzern veranstaltet.

Am 23./24. April traf man sich in Rickenbach LU, um die eigene Schulung über die verschiedenen Aspekte der geplanten Hochschule zu intensivieren und das konkrete Vorgehen bei der Öffentlichkeitsarbeit zu bestimmen.

Insbesondere wurde versucht sich Klarheit zu verschaffen über die Frage nach dem Akademikerbedarf der nächsten Jahre, der Kosten und Finanzierung der HS-Luzern (Steuererhöhung, volkswirtschaftlicher Gewinn, Beitragspflicht der Nicht-Hochschulkantone an Hochschule, die über kurz oder lang erhoben werden könnte), des Lehrangebots (Struktur und Organisation, Öffnung der Universität). Weiter wurden rechtliche Fragen erörtert (Trägerschaft, Berufungskompetenz).

Das persönliche Gespräch

Anbetracht des tiefen Informationsstandes weitester Kreise der Bevölkerung werden in den nächsten Wochen rechtliche Kontakte geklärt, die in Form von Gesprächen im kleinen Rahmen stattfinden.

Für diese Arbeit suchen wir fortwährend Zentralschweizer Studierende, die an ihrem eigenen Wohnort vorerst im Kanton Luzern zusammen mit Mittelschülern aus demselben Ort mit ihnen bekannten Erwachsenen mal zusammen sitzen und sich über die auf uns zukommende Verschlechterung der Bildungschancen unterhalten.

Das HKZJ hat zu diesem Zweck eine Dokumentation ausgearbeitet, die eingehend die verschiedenen Aspekte der Hochschulpolitik beschreibt und als Diskussionsgrundlage abgeben wird.

Weitere Informationen können bezogen werden beim Hochschulkomitee der Zentralschweizer Jugend (HKZJ), Sekretariat, Mönchweg 8, 6005 Luzern.



Durchleuchtete Kapitalverflechtungen

Den Wirtschaftsverflechtungen in der Schweiz auf den Zahn geföhrt wird im neuerschienenen Buch «Das unheimliche Imperium» (Frangos & Hopfinger, eco-verlag zürich). Die weltweite Ausdehnung schweizerischer Finanzinteressen ist in den letzten Jahren vermehrt ins Rampenlicht geraten. Was bis jetzt allerdings fehlte, waren detailliertere Informationen über die schweizerischen Konzerne und ihre in- und ausländischen Verknüpfungen. Das vorliegende Buch versucht, diese Verflechtungsstruktur etwas zu entwirren. «Das unheimliche Imperium» - ein unentbehrliches Nachschlagewerk für jeden, der über die grossen, finanzkräftigen, ausserhalb der demokratischen Kontrolle stehenden Privatorganisationen etwas mehr wissen will.

VSS Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Erfahrungsstrasse 9, 3012 Bern, Tel. (031) 23 28 18. Vorstand: Hanna Murali, Urs Hänsenberger, Thomas Hellmann.

Kalenderjahr 150 Tagelohn bezogen werden, von Versicherten über 55 Jahre und Bezüglern einer halben IV-Rente hingegen 180 Tagelohn.

Am Schluss die Fürsorge

Ist ein Arbeitsloser ausgereutert, so hat er sich auf dem Arbeitsamt um Arbeitslosenhilfe zu bewerben. Hier besteht allerdings noch nicht in allen Kantonen eine zufriedenstellende Regelung. Fällt auch die Bezugsberechtigung dahin, so verbleibt lediglich noch die Fürsorge.

Bei kranken Arbeitslosen fällt die Arbeitslosengeldentschädigung dahin, da sie nicht mehr dem Anspruch der Vermittlungsfähigkeit genügen. Die Krankenkassen besitzen einzig die Empfehlung, Härtefälle zu vermeiden. Es empfiehlt sich deshalb, sich die nötigen Auskünfte bei den zuständigen Stellen, Arbeitsamt und Krankenkasse, einzuholen.

Bei Missbräuchen stellt die Kasse den

Berliner Hefte Zeitschrift für Kultur und Politik

Die Berliner Hefte sind der Versuch, im Klima der Angst und der Berufsverbote den Geist des demokratischen Widerstands wachzuhalten. Sie treten der lähmenden Trennung von Kultur und Politik, Kunst und Wissenschaft entgegen. Ihre Autoren setzen sich mit den Themen auseinander, die in der aktuellen Diskussion umstritten sind: McCarthyismus, Intellektuelle und Volkstümlichkeit, Stalin, die Frage: «Wer herrscht in der DDR?» und die Entwicklung in der Volksrepublik China. Verwendbarkeit im Unterricht ist ein wichtiges Kriterium der redaktionellen Arbeit.

Hef 3 Pamphlet gegen Sachlichkeit im Kino. Interview mit Charles Bettelheim: Zur Stalinfrage. Bildende Kunst in der UdSSR. Vom Revolutionsfest zum sozialistischen Staatsakt.

Hef 4 Polvtetnischer Unterricht in der DDR. Militarisierung in der DDR. Der Laufzeitel des DDR-Bürgers: Die Kaderekte. Gestrandete Hoffnungen: Das Genie des sozialistischen Strandedes.

Verlag Kantraße GmbH, Kantraße 125, 1000 Berlin 12. Redaktionsadresse: Kantraße 125, 1000 Berlin 12, Telefon (030) 3 13 58 43. Berliner Hefte, Zeitschrift für Kultur und Politik, erscheinen mit 5 Nummern pro Jahr. Einzelheft 8,- DM, Jahresabonnement 35,- DM + 3,- DM Versandspesen.

TAGES ANZEIGER MAGAZIN

85. Jahrgang Nr. 18 Auflage 250 000 Preis mit Magazin Fr. 1.-

Zürich, Sonntag, 22. Januar 1977

Tages Anzeiger MAGAZIN

Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

Geschäftsstelle: Zürich 4, Woodstrasse 21
 Druck: Henschel, 8021 Zürich
 Vertrieb: Abbestellstelle, Postfach 81 20 36 St. Gallen 36 130
 * Auflage vom Sonntag 22.1.77: 250 000 *
 * Telefonen 01 433 29 56, 2165, 21 914 oder 24 182

Anschlussschein: 141 800 704 1.04 814 80
 Kontokorrentvermerk auf Konto 11
 Ordernummer für Inverkehrbringen: 10 10 100 271 Fr. 1.00
 * Telefonen 01 43 23 23, 23 23 23 23, 23 23 23 23, 23 23 23 23
 * Abbestellnummer 1 00 2 07 75 82

Arrestbeschwerden nicht mehr beim Obermilitär

Liberaler Lösung setzt sich gegen den Widerstand der katholischen Kirche im Parlament durch

Die Kolumne

DER ZWEITE BILDUNGSWEG.

Er verschafft Ihnen Zugang zur russischen und chinesischen Aussenpolitik.

Er macht Ihnen klar, warum der neue amerikanische Präsident nicht mehr so oft lächelt wie während des Wahlkampfes.

Er öffnet Ihnen den Weg in die Welt der schwarzen und der roten Zahlen. Denn er berichtet Ihnen täglich über das wirtschaftliche Geschehen.

Er sagt Ihnen jeden Tag, wer gewonnen und wer verloren hat. Denn er widmet sich intensiv dem Sport.

Er verrät Ihnen schon am frühen Morgen, was Sie am Abend in Zürich alles verpassen könnten.

Er verhilft Ihnen zweimal pro Woche zu einem Job, der Ihnen das Geld bringt für Ihr Studium. Mit einem reichen Stellenangebot.

Er bringt Ihnen jeden Samstag ausführliche und gut fundierte Berichte aus Politik, Kultur und Wissenschaft. Mit seinem Magazin, in dem auch Leute wie Peter Bichsel, Hugo Loetscher und Jürg Federspiel zu Wort kommen.

Er kostet Sie pro Jahr, abzüglich 30 Prozent Studentenrabatt, Fr. 72.80. Einschreiben können Sie sich mit dem untenstehenden Coupon (kein Numerus clausus).

COUPON

Den Bildungsweg, der so vielseitiges Wissen mit 30 Prozent Rabatt vermittelt, möchte ich kennenlernen.

- Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.
- Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

- monatlich Fr. 6.45
- vierteljährlich Fr. 18.55
- halbjährlich Fr. 36.75
- jährlich Fr. 72.80

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Fakultät: _____

Semester: _____

7410

Bitte ausschneiden und senden an:
 Tages-Anzeiger, Vertrieb
 Postfach, 8021 Zürich

WEIL MAN HEUTE SO VIEL WISSEN MUSS.